

Volksstimme

Einzelpreis 30 Pf.

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volksstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage) mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur: Ernst Bauer, Magdeburg. — Verantwortlich für den Inhalt: Wilhelm Bismarck, Magdeburg. — Druck und Verlag von E. Bauer & Co., Magdeburg. Große Mühlstraße 2. Fernsprecher 111. — Abonnement: Für den Inland 1807, für die Postzeitung 1794, für den Ausland 2100. Postzeitungsl. 2. Nachtrag, Seite 17. — Bezugspreis: Vierteljährlich 6.00 Mk., monatlich 2.00 Mk., beim Abbestellen vom Verlag und den Aufgebotsstellen Vierteljährlich 17.10 Mk., monatlich 5.70 Mk. Bei den Buchhändlern Viertel 16.00 Mk., monatlich 5.00 Mk. ohne Postgebühren. Einzelne Nummern 30 Pf. — Anzeigengebühren: die gewöhnliche Spaltenbreite 1.00 Mk., im Restenfall Seite 2.50 Mk., Restenfall Seite 3.00 Mk. Anzeigen-Kabett geht verloren, wenn nicht binnen 4 Wochen Zahlung erfolgt. — Postkontonummer: Nr. 1234 Berlin.

Nr. 275.

Magdeburg, Mittwoch den 24. November 1920.

31. Jahrgang.

Die Schieberfürsten.

Von Königen der Hochstapler, von Fürsten der Diebe und Einbrecher spricht der Volksmund seit alten Zeiten. Vielleicht ist darin der Doppelsinn verborgen, daß einmal der mit diesem Titel ausgezeichnete Spitzhube hoch über allen seinen Berufskollegen steht, und zum andern, daß kein Dieb je das Ausplündern so großzügig zu betreiben verstand als Fürsten aller Grade. Es ist auch merkwürdig, wie oft in Sagen und Märchen Könige und Diebe in Zusammenhang gebracht werden. Und schließlich, Extreme berühren sich! Der Fürst und sein Haus wird von Monarchisten gern dargestellt als die krönende Spitze des menschlichen Gesellschaftsbaues. Stürzt die Spitze — um in diesem Beispiel zu bleiben — dann rollt sie naturgemäß bis zum tiefsten Grunde.

So geht es auch heute mit den Hohenzollern. Im Reichstagsauschuss der Preussischen Landesversammlung wird täglich von neuem aufgezeigt, wie die Hohenzollern ihr „Privatvermögen“ sich ergaunert haben und im Reichstag wurde im Scheinwerferlicht einer Interpellation offenbar, daß Hohenzollern tatsächlich in die Gese der Menschen gesunken sind. Und sie sind nicht allein! Krieg und Revolution haben gründlich die Gesellschaftspyramide erschüttert und von der Spitze der Gesellschaft sind gar viele in den Abgrund geschlittert. In Gesellschaft der Kronprinzessin, der Prinzen Eitel Friedrich, August Wilhelm, des toten Joachim, der Prinzessin Oskar und des Prinzen Leopold befinden sich gegen 100 der „Edelsten und Besten“ von einst.

Auch ein Süßlein, ein Herr Levy aus Hannover, ist in diese erlauchte Gesellschaft geraten. Darüber freuten sich die Deutschnationalen wie die Kubel über einen unerwarteten Wurstzettel. Man soll ihnen die Freude gönnen, aber sie sollten nun auch Verständnis dafür haben, wenn in Zukunft einfache Menschen Schieber und Hohenzollern gleichsehen, so wie die Antisemiten mit den Juden es taten. Gewiß, es gibt auch unter den Fürsten, selbst in der Familie Hohenzollern, anständige Menschen, und denen wird es gehen wie Finanzminister Wirth, dem die Schamröte ins Gesicht stieg, als er die Kundenliste der Schieberbank Gruber durchsah. Noch mehr werden sie sich ob ihrer Verleumdung schämen und erröten ob der Ungeschicklichkeit der monarchistischen Parteien. Wer mag in Zukunft noch das „angestammte Herrscherhaus“ der Hohenzollernhaus rühmen und preisen, dessen hervorragendste Mitglieder in der Zeit der schlimmsten Not mit Betrügnern sich liierten! Es gibt doch auch unter den monarchistischen Politikern anständige Naturen, welche die Anwendung von so dummen und schäbigen Mitteln verschmähen, wie sie zum Beispiel die „Magdeburgische Zeitung“ gebraucht, die einen der beschuldigten Prinzen als eingeschriebenes Mitglied der Sozialdemokratie ihren sicher erstaunten Lesern vorführt. Wahrscheinlich ist das eine jener Behauptungen, deren Verbreitung von jener Stelle in Halle gewünscht wird und bei diesen Wünschen spielt bekanntlich „das geschäftliche Moment gelegentlich eine Rolle“.

Doch das sind Wärendienste, und wenn noch so viel Druckerwärme verschwendet wird, die Tatsache bleibt bestehen: die Hohenzollern sind Schieberfürsten geworden!

Deutscher Reichstag.

32. Sitzung.

Berlin, 22. November, 1 Uhr 20 Min.

Das Gesetz über Oberschlesien wird auf Antrag des Abgeordneten Bursage (Ztr.) einem Ausschuss von 21 Mitgliedern überwiesen.

Kapitalverschiebungen nach dem Ausland.

Auf der Tagesordnung steht folgende sozialdemokratische Interpellation: „Ist es richtig, daß namhafte Kapitalverschiebungen nach dem Ausland stattgefunden haben und daß in Berlin die Aushebung des Bankhauses Gruber stattgefunden und zur vollstän digen Beschlagnahme der Aktien und Bücher geführt hat? Ist es ferner richtig, daß hierdurch eine weit ausgedehnte Kapitalflucht nachgewiesen ist und daß dabei eine große Anzahl Mitglieder adliger und fürstlicher Häuser, darunter auch Mitglieder des Hauses Hohenzollern, gefaßt worden sind? Was gedenkt die Regierung gegen die Beschuldigten zu tun und was hat der Reichsfinanzminister getan, um für das Reich entsprechende Vermögenswerte zu sichern?“

Abg. Müller (Franken, Soz.): Die Interpellation hat weit über die Frage ihres Inhalts hinaus Bedeutung, weil sie in hervorragendem Maße die Steuerimmoralität betrifft. Eine Besserung der fürchterlichen Staatsfinanzen kann nur erfolgen, wenn einerseits die Steuerlast aufs äußerste angespannt wird, wenn

aber auch andererseits die beschaffenen Steuern von jedem Deutschen opferwillig getragen werden. Wenn man vor den Angestellten und Arbeitern rüdfischlos die sie schwer treffenden Steuerabgabe durchführt, so ist es doppelte Pflicht, daß jene Steuern, die die bestehenden Klassen belasten, schleunigst eingezogen werden. (Sehr richtig!) Das ist bisher noch nicht im wünschenswerten Maße geschehen. Es ist um so notwendiger, als während des Krieges und nach dem Kriege sich dem steuerlichen Zugriff zu entziehen verstanden. (Sehr richtig!) Die während des Krieges erwachsene Korruption hat zu diesen Schiebungen außerordentlich viel beigetragen. (Sehr richtig links. Zuruf rechts: Erst nach der Revolution!) Nein.

schon während des Krieges

wurde gerade von rechter Seite mehrfach auf die sich immer mehr breitmachende Korruption hingewiesen. (Sehr richtig!) So schwer es ist, derartigen Mäandern beizukommen, so notwendig ist es, da energisch durchzugreifen, wo man genaue Unterlagen hat, und das ist in diesem Falle, den die Interpellation anführt, gegeben. Warum hat sich die Staatsanwaltschaft noch nicht genügend mit der Person des Hauptkreditvermittlers Gruber beschäftigt, dessen Verleihen verschiedene dunkle Punkte aufweist? Seit dem Jahre 1917 hat Gruber seine Firma wieder aufgemacht und ist häufig zwischen Holland und Deutschland hin und her gefahren, ohne daß es der Staatsanwaltschaft aufgefallen wäre. Desgleichen nahm sie nicht Anstoß an dem mehr wie überraschenden Aufschwung des Geschäfts. Noch seltsamer ist, daß an dem Tag, als die Beschlagnahme der Bücher in der hiesigen Filiale durchgeführt wurde, am 18. November, Gruber selbst noch an einer Ausschickung hier in Berlin teilgenommen haben soll und erst nach Beschlagnahme der Bücher ins Ausland geflüchtet sein soll. (Sehr, hört!) Das Haus Gruber war ein

Treffpunkt reaktionärer Kabbale.

(Unruhe rechts.) Das hat manches Mal den Anschein erweckt, als ob hier gegenrevolutionäre Konspirationen gepflogen würden, aber die Herren denken noch intensiver an ihren Selbstbeut als an die Monarchie. (Sehr richtig links. Unruhe rechts.) Ich frage nun die Regierung, ob es richtig ist, daß große Vermögensverschiebungen stattgefunden haben, ebenso große Waren- und Effektenverschiebungen, z. B. Salzgraben; ferner, daß eine große Anzahl hochgestellter Personen an diesen Schiebungen beteiligt ist; weiter, ob die Regierung ebenfalls über 100 Beteiligter bereits festgestellt hat; des weiteren, ob es sich um 250 Millionen handelt oder um noch höhere Beträge. Aus der mir bekannt gewordenen Fülle von Personen greife ich einzelne heraus und frage die Regierung, ob auch ihre Namen bekannt sind und ob sie bereits gegen diese Personen eingeschritten ist: da ist ein Staatsanwalt Hans Schön, ein Dr. Spiro aus Hamburg, ein Freiherr von Camp-Massauen mit Sohn und Tochter, ein Herr von Lindner, ein Graf Madolin, eine Fürstin Radziwill, ein Fürst von Schönburg. Dann aber vor allem: wie steht es mit dem Zusammenhang der Firma Gruber mit dem Hause Hohenzollern?

Gegenüber den Ableugnungen der „Deutschen Tageszeitung“ und der „Deutschen Zeitung“ sind nach meinen Informationen direkt beteiligt: 1. die Kronprinzessin Cecilie, 2. der Prinz Eitel Friedrich von Preußen, 3. Prinz August Wilhelm von Preußen, 4. der verstorbene Prinz Joachim von Preußen, 5. die morgantische Gemahlin des Prinzen Oskar von Preußen, der selbst allerdings nicht beteiligt ist. Nicht beteiligt ist hieran auch der Prinz Leopold von Preußen, mit dessen riesigen Silbervermögen sich die preussische Regierung aber bereits des längern beschäftigt. Sie sehen, die Kunden des Bankhauses Gruber waren alles hervorragende Träger und Stützen des alten Regimes. Das ist um so bemerkenswerter, als die Rechtsparteien stets die Republik als die Grundlage der Schiebererei bezeichnen. Ich frage nun: was hat das Reichsfinanzministerium gegen Gruber und die ganzen übrigen Schieber getan? Wir verlangen genaueste Aufklärung und allerenergisches Durchgreifen. (Beifälliger Beifall.) Gegenüber den Angriffen der

äußersten Linken und äußersten Rechten

gegen die früheren sozialdemokratischen Mitglieder der Regierung betone ich, daß zur damaligen Zeit nicht ein einziger Fall darüber uns zu Ohren gekommen ist. Es ist darum falsch und unerhört, daß die „Freiheit“ sich eines so ungläublichen Tones bedient, die anscheinend noch nicht vom Ausfall der Wahlen in Sachsen gelernt hat und es nicht versteht, in Schönheit zu sterben. (Seiterkeit.) Mehner wendet sich dann gegen eine Entschlebung der Neukommunisten, worin sie der früheren sozialistischen Regierung schuld geben, und weist darauf hin, daß diese Kundgebung angeht die Haltung von Eisner in München und Geher in Sachsen reine Demagogie ist. (Sehr richtig!) Es genügt nicht, daß die Sache bei der Staatsanwaltschaft anhängig ist, sondern diese Dinge müssen öffentlich behandelt werden und die festgestellten Schuldigen müssen zur Abschreckung ganz exemplarisch bestraft werden. (Sehr richtig!) Außerdem ist es notwendig, sich aus dem in Deutschland verbliebenen Teile des Vermögens der Beteiligten Sicherungen gegen die erlittenen Schädigungen zu schaffen und alle Maßnahmen zu ergreifen, um der demokratischen Gerechtigkeit voll Genüge zu tun. (Beifälliger Beifall.)

Reichsfinanzminister Dr. Wirth: Ich bin bereit, auf die Frage des Abgeordneten Müller in voller Aufrichtigkeit festzustellen, was das Finanzministerium in dieser Angelegenheit getan hat. Wir können aus den Akten nachweisen, daß schon am 18. April, also ehe die „Freiheit“ die Angelegenheit erwähnt hatte, eine Untersuchung gegen die Kaufleute Schmidt, Scholz und Dr. Worchardt eingeleitet worden ist. Die Staatsanwaltschaft wurde bereits am 17. Mai mit der Angelegenheit befaßt. Doktor Worchardt wurde als der Berliner Zutreiber bezeichnet, auch die

Bank Sinner u. Co. sollte beteiligt sein. Das Verfahren bei der Staatsanwaltschaft ist heute noch nicht abgeschlossen und die Akten sind noch nicht vorlegbar. Anscheinend hat sich die Bank Sinner mit Kapitalverschiebungen nach dem Ausland befaßt. Die Reichsfinanzverwaltung wird

zur Sicherung der Ansprüche des Reiches

alles Erforderliche veranlassen. Nunmehr komme ich zum zweiten Teile der Interpellation, zu den Kapitalverschiebungen durch das Bankhaus Gruber, Philippsohn u. Co. Die am 1. Januar 1919 in Amsterdam gegründete Bankfirma Gruber, Philippsohn u. Co. hat in Berlin, zuerst in der Besselstraße 1, dann in der Mohrstraße 18 eine Zweigniederlassung eröffnet. Der augenblickliche Inhaber ist der deutsche Reichsangehörige H. J. Gruber in Amsterdam. Das Finanzministerium erhielt vor einigen Tagen die Anzeige, daß sich bei der genannten Firma in Amsterdam 200000000 deutsche Reichsmark an Barguthaben und Effekten befinden, die unter Zwangsverhandlung gegen die deutschen Steuergesetze durch die hiesige Zweigstelle der Firma vorhin verbracht worden seien. Daraufhin hat das Finanzministerium sofort die Staatsanwaltschaft in Kenntnis gesetzt und ersucht, wegen Verdachts der Kapitalflucht alles Erforderliche zu veranlassen. Von der Staatsanwaltschaft sind sämtliche Geschäftsbücher der hiesigen Bankstelle und die Guthaben dieser Firma bei inländischen Banken beschlagnahmt. Ueber die Personen, die mit der Bank in Verbindung gestanden haben, können nähere Angaben noch nicht gemacht werden. Unter den Kontoinhabern befanden sich

auch Mitglieder des Hauses Hohenzollern. Wie weit sie sich strafbar gemacht haben, wird das Verfahren feststellen. (Unruhe links.) Ueber die Schuldfrage kann ich nichts sagen, das wird die Staatsanwaltschaft feststellen. (Zuruf rechts.) Ich habe bei meinen Amtsgeschäften mit dem Hohenzollernhaus nicht verkehrt, aber ich bin mir sehr wohl bewußt, daß ich auch keine Ausnahme gemacht wird. Aber ich muß es ablehnen, in das Ermittlungsverfahren einzugreifen, ich lehne es auch ab, den Schein zu erwecken, als ob ich eingreifen wollte. Die Finanzämter sind angewiesen, bei allen Kontoinhabern der Firma Gruber Sicherheitsbescheide bis zum höchsten zulässigen Betrag zu bewirken. Danach ist verfahren worden. Was die Einzelheiten anbelangt, nach denen ich gefragt wurde, so war

ein bekannter General

nicht unter den Kontoinhabern. Der erwähnte Dr. Spiro ist im sicherem Gewahrsein. Auf die Einzelheiten der großen Liste von Personen, die hier aufgezählt worden ist, kann ich nicht eingehen, denn eine jede Aufzählung könnte mißdeutet werden. Sofern aber diese Personen zu den Kontoinhabern der Firma Gruber gehören, sind gegen sie die Sicherheitsmaßnahmen ergriffen, die eine vorläufige Sicherung der Interessen des Reiches bedeuten. Wir haben hier nicht die Einzelnamen zu prüfen, sondern nur festzustellen, daß die Landesfinanzämter angewiesen worden sind, auch bei Mitgliedern von fürstlichen und anderen königlichen Familien fest anzupacken. Es ist die Pflicht des demokratischen Staates, ohne Rücksicht auf Person und Namen vorzugehen. (Beifall.)

Auf Antrag des Abg. Scheibemann (Soz.) wird die Befragung der Interpellation

beschlossen.

Abg. Bursage (Ztr.): Ich habe zu erklären, daß meine politischen Freunde das Vorgehen des Finanzministers billigen. Vorläufig haben in dieser Angelegenheit die Juristen das Wort, die Politiker sollten sich bis zur Entscheidung Zurückhaltung aufzulegen. Soweit Schuldige der Kapitalverschiebung überführt werden, verlangen wir Bestrafung nach Maßgabe der Gesetze. Nach meinen Informationen sind die Nachrichten des „Vorwärts“ über die Vergehungen der Kronprinzessin zu Gruber erstunken und erlogen. (Hört, hört! rechts.) Es handelt sich um eine ganz systematische Fälschung gegen die Hohenzollern, um den monarchistischen Gedanken unmöglich zu machen. Gerade, weil wir Monarchisten sind, wollen wir die Monarchie nicht morgen einführen (Zuruf links: Aber übermorgen!), sondern vertrauen darauf, daß das deutsche Volk eines Tages in freier Entscheidung zum monarchischen System zurückkehren wird.

Abg. Bursage (Ztr.): Wir stellen uns auf den Boden des Erklärungen des Herrn Ministers. Er hat festgestellt, daß das Finanzministerium noch vor den Veröffentlichungen durch die „Freiheit“ in die Sache eingegriffen und daß die Finanzbehörde sofort Sicherheitsmaßnahmen gegen weitere Verchiebungen von Vermögenswerten getroffen habe. Was diese selbst betrifft, so sind sie um so bedauerlicher, als sie gerade von jenen ausgeführt wurden, die

auf den Höhen der Menschheit

wandeln sollen. (Gelächter bei den Soz.) Redner polemisiert dann scharf gegen die Schreibweise eines Teiles der rechtsstehenden Presse, die direkt fördernd für Steuerflucht und Demoralisierung gewesen sei. Die Steuerverschiebungen müssen nicht nur auf das schärfste beurteilt, sondern auch ohne Ansehen der Person nachdrücklich bestraft werden. Es geht nicht an, die Steuern und materiellen Lasten abzuwälzen auf die Schultern der andern! (Zustimmung beim Zentrum und bei den Sozialdemokraten.)

Rahl (Dt. Vn.): Die Majestät des Reiches steht höher als jede andre Majestät. Deshalb ist meine Fraktion entschlossen, gegenüber der ganzen Materie den Standpunkt der strengsten Unparteilichkeit einzunehmen. Wir wenden uns aber auch scharf gegen die parteipolitische Ausschaltung, wie sie in dieser Interpellation zum Ausdruck kommt. Zu fürstlichen Unterbrechungen kommt es, als Redner anführt, daß die Hohenzollernfamilie durch die Revolution gewaltam ihrer Rechte enteignet wurde und die Spitze entgegenrückt.

Während der Präsident die Rede wiederholte, hat Meiner fort: Wir halten die Demokratie für die bessere Staatsform und uns trennen von Ihnen (nach links) eine ganze ethnisch-nationale Weltanschauung (Lebhafter Beifall rechts. Französische Seiterleit links.) Die Interpellanten lassen jede Partei und jedes Verstandnis für die nationale Würde vermissen. (Dauernde Unruhe links.) Es ist wenn alles wahr wäre, dann hätten diese Rücksichten und die Rücksicht auf das Ausland eine solche Interpellation unmöglich machen müssen. (Beifall rechts, höfliche Zurufe links.) Die ganze Interpellation ist nichts als eine geschickte Wahlmanöver. (Lebhafter demonstrativer Beifall rechts. Anbauernde Unruhe links. Zuruf: Schieber!)

Reichsfinanzminister Wirth (zum Abg. Rahl): Ich bin Ihnen dankbar, daß Sie das ethnisch-nationale Moment berührt haben. Als ich die Liste der an den Schiedungen Beteiligten durchlas, da fiel mir die Schamröte ins Gesicht.

(Große Unruhe rechts.) Es ist tief bedauerlich, daß gerade diese Kreise unsers Vaterlandes sich zur Abwicklung ihrer Geschäfte solcher Winkelbänke, daß sie sich eines Herrn Gruher als Wirtschaftler bedienten. (Erneuter Lärm rechts.) Sie mühten von vornherein wissen, daß Ihnen nicht die Sicherheit geboten war, daß Sie nicht mit den Gesetzen in Konflikt kommen. (Unruhe rechts.) Das ist das Ziel: Auch in den Fragen der Kapitalflucht das ethnisch-nationale Moment zu wahren, ob Sie nun Kronen tragen oder das Gewand der Republik. (Beifall d. d. Soz. Große Erregung und anbauernder Lärm rechts.)

Abg. Buchta (Unabh. Soz. rechts): Wir müssen uns klar sein, daß es sich bei den vorliegenden Tatsachen nicht um persönliche Momente, sondern um die Gesamtsituation handelt. Die Verweisung am Körper des Staates ist Tatsache. Als aber das Vaterland nach Rettung rief, da verhalten zuerst die patriotischen Mieder, und gerade jene, die sogar auf ihren Hofentzügen für Ehre, Freiheit und Vaterland stehen hatten, verflochten sich ins Dunkel. Wer wird die Lasten tragen?

Die Arbeiter in Deutschland

werden in Gestalt noch höherer Abgaben das ersehen müssen, was die Bestehenden wohlberechnet in Sicherheit gebracht haben. Das Volk wird das büssen müssen, was die Besitzenden Kreise bis zur Spitze hinauf bezogen haben. Es wird Ersatz leisten müssen, auch das große Heer der Angestellten und kleinen Beamten, die ohnehin in den ärmlichsten Verhältnissen leben. Jedes Glied einer von den Fürsten verschobenen Perlenkette wird wieder mit den Eränen der Witwen und Waisen aufgewogen werden. Nur die Befestigung des ganzen Systems und die Errichtung des sozialistischen Staates kann wirksame Abhilfe schaffen. (Beifall d. d. Unabh. Soz.)

Abg. Dietrich (Baden, Dem.): Unser Standpunkt ist, daß wir in ein schwebendes Verfahren nicht eingreifen wollen. Aber wir verlangen, daß in diesem Verfahren mit aller Strenge und ohne Ansehen der Person vorgegangen wird. (Beifall.)

Abg. Hülsmann (Unabh. Soz. links): Die kapitalistischen Parteien huldigen dem Grundgesetz: Nach uns die Straffkraft. Der Kapitalismus enthüllt noch einmal seine ganzen Mauthierinstanzen. Dazu gehört die Geuchelei als Merkmal jeder kapitalistischen Gesinnung. Die Rechtsparteien donnern gegen die Schieberrepublik, aber der Schiebermonarchie huldigen sie. Das schänke an der Geschichte ist, daß diesmal nicht semitische Sprößlinge, sondern die reinsten Arier, die

Hohenzollern die Schiebergeschäfte

gemacht haben. Auf Einzelheiten brauchen wir uns nicht einzulassen, denn wir wissen, daß die Schiebung zum Kapitalismus gehört und daß die heutige Sache nicht schlimmer ist, als etwa die Pressekorruption des Herrn Stinnes. Ich frage den Herrn Finanzminister ausdrücklich, ob es dem Finanzministerium bekannt ist, daß für Wilhelm II. angelegtes Privateigentum aus deutschen Schiedern nach Holland geschafft ist? Und ob die Steuerbehörde sich überzeugt hat, daß nicht unter dem Deckmantel persönlichen Eigentums Wertpapiere verschoben sind? Herr Rahl ist ein besonders ausgeprägter Typus des lakonischen heutigen Ressortmenschen. (Der Präsident rief diesen Ausruf.) Das Herumdonnern an Symptomen hilft gar nichts, nur gründliche Umgestaltung der gesamten wirtschaftlichen, staatlichen, gesellschaftlichen Verhältnisse wird auch das Wucher- und Schiebertum ausrotten. (Beifall bei den Neulinksministern. Französische Seiterleit bei den Würgerischen.)

Abg. Gumbel (Bayr. Sp.): Die in der Interpellation berührten Vorgänge sind leider nur ein Teil der Kapitalverschlebung, die in der gesamten Steuerreform begründet liegen. Diese Interpellation hätte Veranlassung geben können zu einem einheitlichen Vorgehen gegen dieses Krebsübel an unserm Volke; durch das Einzeltragen persönlicher und politischer Momente hat sie aber erst eine ganz falsche Richtung genommen und ist in ihrer Wirkung außerordentlich behindert worden. (Sehr richtig!)

Abg. Schridemann (Soz.): Wenn je, dann hätte in dieser Frage der Reichstag Gelegenheit zu einer einheitlichen Kundgebung gehabt, zu einer Rundgebung des Inhalts: Wenig, bezahle schnell, deine Steuern! (Sehr richtig!) Weiber haben sich verschieden Redner der Rechten, ganz besonders der Abg. Rahl, nicht an die auch von uns gutgeheißenen goldernen Grundzüge des

Abg. Düringer gehalten, deren erster lautet: Nicht einmischen in ein schwebendes Verfahren. Die ganze Rede des Herrn Dr. Rahl war eine einseitige Mißachtung dieses Grundgesetzes. Er hat die Mitglieder der Hohenzollern als unerschrocken erklärt und behauptet, alle unsre diebezüglichen Anklagen seien erlogen, während der Herr Reichsfinanzminister selbst zugegeben hat, daß die

Kronprinzessin an den Hauptbeteiligten

gehört. Wenn Herr Dr. Rahl die Hohenzollern nur als unerschrocken erklärt, glaubt er da nicht, daß eine solche Erklärung Einfluß auf die Richter haben wird? (Sehr richtig! Links. Widerspruch rechts.) In ebenso eklatanter Form hat die Rechte erst jüngst wieder gegen diesen Grundtat verstoßen, als sie im preussischen Abgeordnetenhaus eine Anfrage einbrachte, warum der sogenannte Fall Ellary noch nicht erledigt sei. Wenn es jemals einen Justizskandal geben wird, ist es in dem Augenblick, wenn die sogenannte Affäre Ellary wie eine Seifenblase zerplatzen wird, die nur auf Grund von Aussagen eines einzelnen Kumpanhuhns überhaupt in der Welt ist. (Sehr richtig!) Das Verfahren ist nur deshalb ein schwebendes, weil nichts dabei herausgekommen ist, und weil man noch gern die Zeit nähmen möchte, um weitere Verleumdungen gegen uns zu treiben. (Sehr richtig! Links.)

Gegenüber den Vorwürfen des Abg. Rahl gegen die sozialdemokratische Presse, besonders der „Vorwärts“, bitte ich Sie, einmal 8 Tage lang die Rechtspreffe zu lesen, in der in einer Weise gehetzt und verleumdet wird, daß es jedes Maß übersteigt. (Sehr richtig!) Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß die Republik mit größter Rücksichtslosigkeit ohne Ansehen der Person

gegen Schiebertum und Wucher

vorgeht. Deshalb sind wir auch mit der Antwort des Reichsfinanzministers durchaus einverstanden, und hoffen nur, daß seinen Worten bald die Tat folgen möge. (Beifall.) Gegenüber dem Vorwurf der äußersten Linken, daß die sozialdemokratischen Mitglieder der früheren Regierungen ihre Pflichten vernachlässigt haben, stelle ich fest, daß diese Vorwürfe absolut unberechtigt sind. Was irgendeine möglich war, um solche Dinge unmöglich zu machen, ist geschehen. (Sehr richtig!) Es war Eisner, der feinerzeit gegen die Verordnung der Volksbeauftragten, gegen die Kapitalflucht Einspruch erhob, und es war Geher, der sich als sächsischer Finanzminister diesem Einspruch anschloß. (Hört, hört! Zuruf Geher: Ist nicht wahr!) Außerdem hatten Herr Geffer und Genosse Bernstein damals schon alles versucht, um die Kapitalverschlebung unmöglich zu machen. Es ist darum bedauerlich, daß die äußerste Linke solche Dinge auf

die nur der Rechten Freunde machen.

(Sehr richtig!) Ungeheuerlich ist es, wenn Herr Rahl uns Mangel an nationaler Ethik und an Fleiß vorwirft in einem Augenblick, wo wir gegen Schieburger schärfster Art energisch Stellung nehmen. Was wir hier allerdings wollen, ist nicht nationale Ethik, sondern die Forderung, daß ohne Ansehen der Person gründlich Remedur geschafft wird. (Lebhafter Beifall links.) Wenn Herr Rahl uns rät, nach Sachsen zu schauen, so erinnere ich ihn, daß die Deutsche Volkspartei dort 86 000 Stimmen verloren hat. Wenn es einmal notwendig sein sollte, in Sachsen zu sterben, so werden wir das können, weil wir schöne Kerle sind. (Geisterlächeln.) Aber so weit ist es noch nicht, denn noch haben wir 5 Millionen Männer und Frauen in unsern Reihen, noch sind wir die stärkste Partei Deutschlands, und unsern Lebensmut werden Sie an unserm unermüdlichen Kampfe gegen Sie stets deutlich genug merken. (Lebhafter Beifall bei den Soz.)

Abg. Graf Westarp (dt.-nassl.): Von den Volksbeauftragten ist nach der Revolution dem königlichen Hause das gesamte Privatvermögen weggenommen worden. (Zuruf links: Das ist nicht wahr!) Der preussische Staat hat es bis heute nicht für nötig gehalten, diese Maßnahme aufzuheben. Um so unerschütterlicher ist es, wenn man diese durch die Revolution mittellos gemachten Mitglieder des königlichen Hauses wegen Kapitalverschlebung schimpft. Als der Kronprinz im Winter 1918/19 in Amsterdam in Holland war (lebhafter Widerspruch links), hat er in Amsterdam bei dem Bankhaus Gruher ein Darlehen von vielleicht 6000 Gulden aufgenommen, daher stammt sein Konto dort. Daran anküpfend hat der Minister Wirth gemeint, so hochstehende Persönlichkeiten sollten doch nicht mit deraufliegenden Schieberbanken in Verbindung treten. Woher sollte der Kronprinz im Winter 1918/19 in Holland wissen, daß jetzt eine derartige Interpellation gegen Herrn Gruher eingebracht würde. Die Mittel für den Lebensunterhalt des Kronprinzen mußten nach Holland gehen. Wir haben auf der einen Seite die wissenschaftlich und moralisch hochstehende Persönlichkeit des Herrn Rahl, der sich dafür eingesetzt hat, daß das Kronprinzliche Haus kein Versehen trifft, auf der andern Seite den schwarzlogigen Züngling des „Vorwärts“ mit seinem zweifelhaften Material. (Minutenlange stürmische Unruhe.) Eine Steuererklärung konnte von den Mitgliedern des königlichen Hauses nicht abgegeben werden, weil ihr Vermögen beschlagnahmt ist. Die paar Jahre Republik mit ihrem Gefolge von Elend und Korruption können die Erinnerung an die 600 Jahre ruhmvoller Hohenzollernherrschaft im Herzen des deutschen Volkes nicht aus-

löschen. (Stürmischer demonstrativer Beifall rechts. Große Bewegung links.)

Abg. Dreifeld (Unabh. Soz. rechts): Die Antwort des Finanzministers hat uns insofern nicht befriedigt, als er von der Liste der Beteiligten nur 5 bürgerliche Namen genannt hat. Wir hoffen, daß später gegenüber den hochachtbaren Namen nicht dieselbe schamhafte Zurückhaltung geübt wird. Dem kommunistischen Antrag, der Regierung ein Mißtrauensvotum zu erteilen, können wir nicht zustimmen, solange das Verfahren nicht abgeschlossen ist. Es liegt im parlamentarischen Interesse, abzuwarten, was die Regierung tut. Wir fordern ein entschiedenes Vorgehen. (Zuruf der Kommunisten: Glauben Sie daran?) Ob ich daran glaube, ist ganz gleichgültig, erst muß ich den Beweis für das Vergehen der Regierung haben. Die Ausführungen des Abgeordneten Rahl waren die unerhörteste und unerlaubteste Stimmungsmache zugunsten der Hohenzollern. (Sehr wahr!) Was soll man von solchen Lehrern der Jugend erwarten, die eine Politik betreiben und verteidigen, die auf eine

Schieberlei der Schiebergeschäfte der Hohenzollern

hinausläuft? (Lebhafte Pfurufe. Zurufe: Gemeinheit! Zurück! nehmen!) Der Präsident rügt diesen Ausdruck. Aufreiche Vergehenzeit bedeckt nicht gegenwärtige Schiebergeschäfte, das möge die Rechte bedenken. (Sehr richtig!) Rächerlich ist es, wenn die Herren der Rechten rührselige Propaganda für die armen notleidenden Hohenzollern treiben. Meines Wissens hat jeder davon noch ein Schloß, während allein in Berlin Tausende von Volksgenossen ohne Wohnung sind. (Sehr richtig!) Gewiß ist ein moralisches Unglück über die Hohenzollern gekommen, aber nicht ohne eigene Schuld und ohne Schuld des Adels, der sich nach der Revolution gar gern auf den Boden der Tatsache stellte. (Sehr gut!) Das deutsche Volk wird das Fazit ziehen, daß Rahl, daß diese Leute nie mehr würdig sein werden, an der Spitze des deutschen Staatswesens zu stehen. (Lebhafter Beifall links.)

Reichsfinanzminister Wirth: Es wurde bemängelt, daß ich keine Namen genannt habe. Das hat seinen Grund darin, daß ich folgende Mitteilung erhielt: Der Oberstaatsanwalt glaubt daher warnen zu müssen, in der Sache Ginner-Schmidt-Scholl Namen zu nennen, da die Schuldfrage noch in keiner Weise geklärt ist. (Hört, hört!) Eine Ausnahme habe ich auf die Anfrage Müller (Franken) gemacht, weil es hier geklärt ist, in Spitzo den gefährlichsten Schieber Deutschlands zu fassen, der nebst andern in Hamburg vierfalsche Konten hatte und ein Verleumdungsband im Werte von 1 Million Mark zum Reichsnotopfer nicht angemeldet hat. (Hört, hört!) Wichtig ist, daß aus dem Privatvermögen des Kaisers mit Zustimmung des preussischen Finanzministers 8 1/2 Millionen nach Holland ausgeführt worden ist. Bei der vollständigen Abfertigung wurden aber keine Gegenstände, zu denen eine Ausfuhrerlaubnis nicht vorgelegen hätte, vorgefunden. (Lebhafte Hört, hört! rechts.) Es ist ungeschicklich, daß ich am Regierungstisch ohne Ansehen der Person den Beschimpfungen überhäuft werde. (Hört, hört! Große Unruhe rechts.) Die Unteruchungen sind im Gange und ich werde beim Justizminister dahin wirken, daß sie streng und rasch durchgeführt werden. (Beifall.)

Abg. Geher senior (Unabh. Soz. links): Es ist die alte Kunde wieder aufgewärmt worden, daß ich gegen die Maßnahmen der Volksbeauftragten gegen die Kapitalverschlebung Protest erhoben hätte. Die Maßnahmen der Volksbeauftragten bezweckeln ich als einen Schlag ins Wasser. Von formellen Protesten konnte weder bei mir noch bei Eisner die Rede sein.

Abg. Stresemann (Dt. Sp.): Die Interpellation ist tendenziös, sie widerspricht dem demokratisch-republikanischen Charakter, weil sie einzelne Gesellschaftsklassen als schuldig herausgreift.

Abg. Müller (Franken, Soz., Schlußwort): Es kommt uns darauf an, daß den Worten des Finanzministers auch die entsprechenden Taten folgen. Wir haben die gesellschaftlich hochstehenden Kreise besonders gekennzeichnet, weil sie es sind, die die Republik als Schieberrepublik verleumdern.

Im Agitationsstoff war es uns nicht zu tun, die Leistungen der Deutschen Volkspartei bieten dessen genug. Gerade weil ich wußte, daß in der Presse auch falsche Behauptungen aufgetaucht sind, bin ich davon abgerückt und habe sie nicht in die Interpellation einbezogen. Es gehört eine Geschamlosigkeit, sondern gleichen dazu, angesichts des Elends der Bevölkerung von den armen unterernährten Hohenzollernsprinzen zu sprechen. Solange die monarchische Agitation so betrieben wird wie jetzt, müssen wir an Schuldscheitern zeigen, wohn die Monarchie geführt hat. (Beifall links.) Solange Sie diese Agitation weitertreiben, werden wir die Reden und Taten Wilhelm II. anführen. (Große Unruhe rechts. Beifall links.) Auf verfassungsmäßigem Wege wird es Ihnen nicht gelingen, die Monarchie wieder einzuführen, und auf nicht verfassungsmäßigem Wege werden Sie einen Widerstand finden, von dem Sie sich nichts träumen lassen.

Nach einigen persönlichen Bemerkungen wird die Besprechung geschlossen. Ein Antrag Dr. Lebi (Kommunist) auf Erteilung eines Mißtrauensvotums findet nicht genügende Unterstützung. Das Haus vertagt sich auf Dienstag 1 Uhr: Anfragen, Interpellationen, keine Anfragen, keine Vorlagen. Schluß 8 Uhr.

Kleines Feuilleton.

Im Saumel.

Von Henri Barbusse.

Der Krieg hat Reichtum im Gefolge, genau wie die Plage: das ist ja seine natürliche Daseinsberechtigung. Wie soll man den Profit ernteten, der in allen Ländern aus Schmerz und Tod der einen und aus dem Ruin der andern spricht? Man sprach in Frankreich von 70 Milliarden, weil das die geringste der berechneten Bistern ist. Die englischen Reeder haben während der 31 ersten Kriegsmomente 15 Milliarden verdient. Der Untersuchungsausschuß des „Board of Trade“ berechnete, daß die englischen Wollweber 3000 Prozent mehr verdient haben, als sie gewöhnlich sollten. Dagegen übersteigt der Gewinn der englischen Hüttenbesitzer „alle Grenzen“. In Italien gewann eine Eisenhütte 310 Prozent im Jahre 1918 gegen 9 Prozent vor dem Kriege. Das sind ganz geringe Beispiele.

Da leben wir diese ganze Spekulantengalerie, deren Talent darin bestand, daß sie im günstigen Augenblick da waren und sich vom Patriotismus nicht stören ließen: da ist das schuppige Krämerlein, das überall Rahl, wo es ging, der Zwischenhändler, der aus der Erde aufstieg, wo man ihn brauchte, der wie ein Paubeter immer die Transportmittel fand und die Geheimworte kannte, mit denen man Enten aufkauft, eine Provinz aufkauft, eine lachere Verwaltung sich untertanig macht und Geschäfte abschließt — und da ist der Minister für den industriellen Wiederaufbau, der 300 Fabriken sein nennt.

Kriegsgewinn! Dies Wort allein richtet die ganze Gesellschaftsordnung und ist die Lösung eines kapitalistischen Staates. Wer denn hat an sich gehalten, wo die Gelegenheit eines Profits da war? Die ganze tierische Unterwerfung des Egoismus hat sich offen gezeigt. Dies war das bürgerliche Gebot: „Reicherei euch!“, das heißt erhebt euch einer gegen den andern, zerkleckt einander und veruche jeder, die profitierende Ausnahme zu sein! Dies Gebot, das sich aus dem Weltgesetz vom Stärkern ableitet und neben unerhörten Aufstapelungen Rot und Elend der übrigen Menschheit heraufbeschwört.

*) Aus dem Buche „Der Schimmer im Abgrund“ im Rheinverlag Leipzig und Basel. Der Dichter zeigt uns das siegreiche Frankreich, im besiegten Deutschland ist zum Kriegsgewinnener noch der Revolutionschieber

Alle Erwerbsquellen des Landes sind teils durch den Krieg nach persönlicher Bereicherung, teils durch die Ueberforderungen des einzelnen, durch die fixe Idee des Arribismus (Strebertum) und die automatisch eintretende Gewissenlosigkeit der Verwaltungsbeamten lahmgelegt: das Schlimme wirkt sich aus. Die Staatsausgaben steigen zu schwindelnder Höhe, wobei aber die verwüsteten Provinzen unberührt bleiben, wobei allerdings einige wenige Schläusche das Gold nur so schöpfen. Und es geschieht nichts gegen die Tuberfulose, nichts gegen den Alkoholismus und die ungesunden Wohnkafernen; die Verwaltung der öffentlichen Angelegenheiten hat ein schändlich lazes Budget. Aber offiziell verschleubert man das Geld, läßt man die Lebensmittel faulen oder stehlen, gibt man für ein Ausstellungspalast im Parc des Princes 300 Millionen und für den Umzug des Reichstalls noch 15 Millionen aus.

Aus den Spekulanten des Elends und aus den Friedhöfen stieg die Auszweiflung und begann ein tolles Frassen über den Ruinen. Gebuddel während der dunkeln Mordezeit erhebt sich jetzt der Lärm überall und schillert in allen Farben. In den Städten herrscht der zynische Schieber, der kriechende Politiker, die Proleten und der Militär-Gampelman. „Paris“, das in gefährlicher Stunde nach Bordeaux und sonst wohin Reißhaus nahm, bekommt das Grenzbeug; es ist ein Gewimmel und Gebimmel um Elementear und Carpenter. Jede Zeit hat die Höhen, die sie verdient. Prästerei, Schlemmerei, Schwanz und Gegeule! Die Luxusartikel überfluten, überschwemmen die Welt. Die durch Zufall, keineswegs durch Arbeit, plötzlich reich gewordenen Bürgerinnen stellen ihren Diamantenschatz (eine bessere Anlage gibt es nicht) auf ihren Brüsten aus und glißern wie Juwelierauslagen. Im Herzen der Luft, der Schmelzerei, Faulheit und Ueberhebung taumeln die durch den Krieg Beförderten, Bergoldeten und zu Weiden Beheiligten vorbei an stumpf schneidenden Messen, die sich zuweilen mitreißen lassen und an den Rücken der Wirtschauer kleben bleiben.

Robert Seidel. Unter den heutigen Pädagogen gibt es wohl wenige, deren Lehre so sehr aus den Schicksalen ihres Lebens herausgewachsen ist, wie bei dem Züricher Robert Seidel, der in diesen Tagen sein 70. Lebensjahr vollendet. Am 23. November 1850 zu Kirchberg in Sachsen geboren, besuchte er die dortige Volksschule, hat als 16jähriger Tuchmacherlehrling eine Arbeitszeit von 18 Stunden, beteiligt sich dann als Drucksetzer in

Stimmführung an der Gründung eines fröhlichen Kindergartens und hält pädagogische Vorträge. Er geht nach Zürich, ist dort Mollardbeiter, dann kaufmännischer Angestellter und verfaßt eine preisgekürzte volkswirtschaftliche Arbeit. Der von Kindheit an vorhandene Drang zum Lehrberuf bricht endlich durch: unter großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten besteht er in ungewöhnlich kurzer Zeit die Lehramtsprüfung, ist zwischen durch sozialdemokratischer Redakteur, Vorsitzender der Arbeiterunion, wird Privatdozent am Polytechnikum und an der Universität in Zürich, Kantonsrat und 1907/8 Präsident des Großen Stadtrats von Zürich. Vom Politiker und vom Dichter Seidel soll hier nicht gesprochen werden, aber seine sozialpädagogischen Bestrebungen, welche die zünftige akademische Pädagogik ungebührlich vernachlässigt hat, verdienen ein Wort ehrender Erwähnung. Als man in Deutschland dieserweg vergessen hätte, in Pestalozzi nur den Theoretiker des Anschauungsunterrichts und in Frobel nur den Kinderspielergelehrten sah, begründete Seidel die Notwendigkeit, die pädagogisch betriebene Handarbeit in die Schule einzuführen, als erster vom sozialpädagogischen Standpunkt aus („Der Arbeitsunterricht“, 2. Auflage als „Arbeitschule, Arbeitsprinzip und Arbeitsmethode“ 1910 erschienen) und gab 1887 die „Sozialpädagogischen Streiflichter über Frankreich und Deutschland“ heraus. Schon 1885 in der Schrift „Friedrich der Große“, in der er die Legende vom „Heros der Volksschule“ gründlich zerflört hat, heißt es, aus der Einsicht des erwähnten Zusammenhangs heraus: „Schulreform ohne Gesellschaftsreform ist eine Halbheit!“. Die sozialpolitische Einstellung in der Pädagogik ist auch wesentlich bei Seidels Eintreten für den Handarbeitsunterricht.

Eine internationale Volksschule. Tolstoi hat seinen Freund Wladimir Tischertow mit der Veröffentlichung seiner nachgelassenen Schriften beauftragt und ihm zugleich zur Pflicht gemacht, für die Verbreitung und den Neubrud der schon veröffentlichten Werke zu sorgen. Irgendwelche Urheberrechte sollen dabei nicht geltend gemacht werden. Tischertow, der gegenwärtig in Moskau lebt, hat sich nun englischen Besuchern gegenüber über einen Plan zur Veröffentlichung des Tolstojischen Vermächtnisses ausgesprochen. Da es ihm in Rußland gegenwärtig fast unmöglich ist, Werke Tolstois zu drucken und zu veröffentlichen, will er eine zentrale Volksschule außerhalb Rußlands schaffen, von der aus alle Länder mit authentischen Ausgaben der Tolstojischen Schriften versorgt werden.

Eine Miefsteuer.

Der Reichsarbeitsminister legt ein neuer Entwurf der sogenannten Miefsteuer vor. Da für das kommende Baujahr gewaltige Summen notwendig sind, wenn auch nur die dringendsten Bedürfnisse befriedigt werden sollen (man spricht von 8 Milliarden Mark), legt die Regierung auf baldige Verabschiedung des Gesetzes den größten Wert.

Für die sozialdemokratische Fraktion ist der Entwurf in seiner jetzigen, auf Privatwirtschaft eingestellten Form unannehmbar. Darüber wird das Reichsarbeitsministerium selbst nicht im Zweifel sein. Von allen andern Bedenken abgesehen, kann für uns eine Baukostenabgabe aus Mieten der vor dem 1. Juli 1918 fertiggestellten Häuser nur in Erwägung gezogen werden, wenn die Abgabe nicht Privateigentümern zugute kommt. Das Gesetz wird also noch großen parlamentarischen Schwierigkeiten begegnen.

Auflösung des Landesökonomikollegiums

Im Hauptauschuss der Preussischen Landesversammlung beriet man über den Haushalt der landwirtschaftlichen Verwaltung. Ministerpräsident und Landwirtschaftsminister Braun, der infolge einer Erkrankung in den letzten Wochen an der Teilnahme verhindert war, erschien zum erstenmal wieder zu den Verhandlungen. Er gab die Erklärung ab, daß er beabsichtige, das Landesökonomikollegium aufzuheben, weil es seine Aufgabe nicht in der Förderung der Interessen der Landwirtschaft, sondern lediglich darin sehe, den Minister zu stützen.

Watters Geheimpläne.

Zu der Meldung der badischen Regierung über eine vertrauliche Versammlung, in der Generalleutnant von Watter über die Gründung einer Organisation sprach, die durch Strafgesetze verboten ist, wird aus Karlsruhe mitgeteilt:

Die genannte Versammlung war von einem Hauptmann einberufen worden; in ihr sollte Generalleutnant Watter über seine Erfahrungen im Ruhrgebiet sprechen. Im zweiten Teile seiner Ausführungen ging Watter dazu über, Einzelheiten über eine Abwehrorganisation gegen die Rote Armee mitzuteilen, von der er unter andern behauptete, daß sie in keinem Zusammenhang mit der Orgesch stünde. 6 Millionen Mark, so erklärte er, seien von Norddeutschland nach Baden zum Zwecke des Aufbaues der Organisation überwiesen worden. 2 Millionen müßten von Baden aufgebracht werden. Ferner behauptete er, im Einvernehmen mit der Reichsregierung zu handeln und betonte, daß sich die Organisation keinesfalls gegen die Regierung richte, die zu schlapp sei und die von der Roten Armee drohenden Gefahren verkenne. Ueber den Aufmarschplan der Roten Armee teilte Watter mit, daß im Falle des Vordringens die Entsendung von zwei Bataillonen mit sieben Geschützen von Leipzig nach Mannheim vorgesehen sei.

Die Regierung erließ sofort einen Haftbefehl gegen Watter, der jedoch erfolglos blieb, da derselbe inzwischen Karlsruhe verlassen hatte. Das vom Staatsanwalt gegen den Einberufer eingeleitete Verfahren mußte infolge Fehlens von Belastungsmomenten niedergelassen werden.

In Ergänzung dieser Mäße teilt eine bürgerliche Nachrichtenagentur mit, daß Listen von Personen aufgestellt sind, welche in entscheidenden Augenblick verhaftet werden sollen: Sozialisten, Gewerkschaftsbeamte und frühere Arbeiter- und Soldatenräte.

Urteil gegen die Konsulatsfürmer.

Nach 12tägiger Verhandlung wurde das Urteil im Breslauer Konsulatsfürmer-Prozess gefällt. Von den 21 Angeklagten wurden fünf freigesprochen, wegen Landfriedensbruchs und Minderern wurde je ein Angeklagter zu 1 Jahr, zu 9 Monaten 8 Monaten, 7 Monaten und 6 Monaten, fünf Angeklagte zu je 6 Monaten, drei Angeklagte zu je 3 Monaten und ein Angeklagter zu 1 Monat Gefängnis verurteilt. Gegen einen der Angeklagten wurde das Verfahren ausgesetzt, gegen einen andern das Verfahren wegen Verjährung abgebrochen. Den übrigen Angeklagten wurden mildernde Umstände zugesprochen. Die Geschwornen haben einstimmig beschlossen, für alle Verurteilten ein Gnadengesuch bei dem Reichspräsidenten beschreiben zu lassen. Diefem Beschluß hat sich auch der Gerichtshof angeschlossen.

Der Völkerbund.

In der Völkerbundsversammlung stand ein Antrag von Lord Robert Cecil zur Beratung, dahingehend, daß sich der Völkerbundrat unverzüglich mit der armenischen Frage befasse und der Völkerbundsversammlung Vorschläge unterbreite zur Rettung der Reste des armenischen Volkes. Nach einem andern Antrag soll eine Spezialkommission dafür ernannt werden. Nachdem Branding (Schweden) betont hatte, daß der Völkerbund die Mittel zur Lösung der armenischen Frage finden müsse, setzte Präsident Balfour (England) die Schwierigkeiten auseinander, die sich einer wirksamen Aktion in Armenien entgegenstellten, zumal bisher sich niemand gefunden habe, der das Mandat im Völkerbund für Armenien übernehmen wollte. Am geeignetsten hierfür seien immer noch die Vereinigten Staaten, die aber auf militärische und finanzielle Mitwirkung auch der andern Staaten rechnen müßten. Viviani (Frankreich) wandte sich gegen Einsetzung einer Spezialkommission. Die Kommission dürfe kaum zu einem positiven Resultat kommen, nachdem der Völkerbund selbst

bisher nichts erreicht

habe. Ein jeder müsse sich klar darüber sein, daß die Völkerbundsversammlung keine Machtmittel habe und auch nicht über die notwendige Autorität verfüge, um die Durchführung ihrer Beschlüsse zu erzwingen. Das sei nicht die Schuld Frankreichs, denn Frankreich habe seinerzeit in Versailles einen Völkerbund mit einer wirklichen internationalen Kraft schaffen wollen. Die Versammlung müsse vermeiden, daß sie sich der Lächerlichkeit vor der ganzen Welt aussehe. Die Verantwortung für eine Aktion in Armenien müsse dem Völkerbundsrat überlassen werden. Viviani stellt den Antrag, der Rat solle sich mit den Regierungen verständigen zu dem Zwecke, Verhandlungen einzuleiten, um den Feindseligkeiten in Armenien ein Ende zu setzen.

Für den Antrag Lord Cecils sprachen Mansen (Norwegen) und Doherty (Kanada), für den Antrag Vivianis Jansescu (Rumänien). Cecil erklärte noch, die Hauptsache sei, daß die Völkerbundsversammlung etwas Positives tue, da sonst ihr Hauptziel, die Aufrechterhaltung des Friedens, von Anfang an als unüberwindlich erkannt würde und der Völkerbund sich für die Leidenden hätte. Viviani (Frankreich) ersuchte Lord Cecil und die Antragsteller, sich dem französischen Vorschlag anzuschließen. Die Völkerbundsversammlung müsse den unüberwindlichen Zusammenstoß des Völkerbundsrats verlangen und einen Beschluß fassen, der von den Regierungen der Großmächte sofort ausgeführt werden könne. Lord Robert Cecil erklärte sich mit dem Vorschlag Vivianis einverstanden, gleichzeitig aber für eine Kommission, die Vorschläge auszuarbeiten hätte für den Fall, daß die Verhandlungen mit Kemal-Pascha zu keinem Re-

sultat führten. Balfour (England) forderte gewisse Richtlinien für die Verhandlungen mit Kemal-Pascha.

Schließlich wurden Cecils und Vivianis Anträge angenommen. Das Bureau der Völkerbundsversammlung hielt am Montag nachmittag eine Sitzung ab. Es ernannte eine Kommission von sechs Mitgliedern, die beauftragt sind, die Maßnahmen zu prüfen, die geeignet sind, den Feindseligkeiten zwischen Armenien und den Kemalisten ein Ende zu machen. Die Zusammenkunft dieser Kommission wird morgen in der Völkerbundsversammlung bekanntgegeben.

Die dritte Kommission, die sich mit dem Internationalen Gerichtshof zu befassen hat, nahm einen Bericht des Präsidenten Leon Bourgeois entgegen, der u. a. erklärte, daß die Kommission nicht auseinandergehen dürfe, ohne es durch ihre Arbeiten der Völkerbundsversammlung möglich gemacht zu haben, der Welt einen internationalen ständigen Gerichtshof zu schenken. Eine Unterkommission von zehn Mitgliedern, von denen die Hälfte dem juristischen Komitee im Haag angehört, würde mit der Prüfung der Einzelheiten der Frage betraut.

Abbruch der Friedensverhandlungen

Die Friedensverhandlungen zwischen Rußland und Polen sind nicht mehr unterbrochen, sondern abgebrochen worden, wie ein Telegramm aus Nizza meldet. Joffe hat dem polnischen Vertreter Dombski eine Note zugestellt, in der er erklärt, daß das von beiden Präsidenten der Friedenskonferenz am 14. November unterzeichnete Protokoll kein Mißverständnis zulasse bezüglich der Zurückziehung der polnischen Truppen zur polnischen Staatsgrenze. Der Chef der polnischen Abteilung der russisch-polnischen Militärkommission in Wlasi, Oberst Mibac, habe indessen nunmehr vorgeschlagen, einen neuen Plan für die Zurückziehung der polnischen Truppen, und für die Errichtung einer 30 Meilen breiten Zone zwischen den polnischen und ukrainischen Truppen auszuarbeiten. Ferner habe er die Auflösung der Kommission verlangt. Joffe erklärt, daß Mibac nur die Absicht der Vereinigung der Heere Weljuras und Balachowitsch zu erwidern. Ein solches Auftraten sei gleichbedeutend mit einer Weigerung, die im Protokoll vom 14. November übernommenen Verpflichtungen zu erfüllen. Die weiteren Verhandlungen würden daher so lange unterbrochen werden, bis Polen seine Truppen zurückgezogen habe.

Ein neuer italienischer Botschafter.

Nach einer Meldung der Agentur Stefani ist eine Aenderung in der Besetzung der diplomatischen Posten beschlossen worden, derzufolge der Botschafter in Berlin de Martino zum Botschafter in London ernannt wird. In seine Stelle tritt Senator Frassati. Senator Orlando Ricci wird Botschafter in Washington, Alotti Botschafter in Tokio, Graf Mangoni Gesandter in Belgien.

Der Senator Frassati, Chefredakteur der „Stampa“, gehörte während des Krieges zu den unbedingten Neutralisten und ist bekannt als Freund Deutschlands. Seine Ernennung läßt darauf schließen, daß die italienische Regierung ihre Politik der Annäherung an Deutschland energisch verfolgen wird.

Vom irischen Kriegsschauplatz.

Walters Bureau berichtet: Die Verschwörung, der in Dublin zahlreiche Offiziere zum Opfer fielen, war schon seit einiger Zeit ins Werk gesetzt. In mehreren Fällen wurden die Frauen der Offiziere aus den Betten gezogen und ihre Männer vor ihren Augen ermordet. An den Erschießungen der Offiziere nahmen Hunderte von Männern teil. Bei einem Hause kamen vierzig Männer auf Fahrrädern an und ermordeten einen unbewaffneten Offizier. In ähnlichen Kreisen ist man der Ansicht, daß der Beweggrund zu dem Mord nicht der Wunsch war, Offiziere zu töten, sondern die Justizmaschinerie in Irland zu beschädigen. Dies geht daraus hervor, daß fast alle getöteten Offiziere und Zivilisten mit dem Kriegsgesetz beziehungsweise der Rechtsprechung zu tun hatten, und aus der Tatsache, daß ihre Wohnungen von den Mördern nach Dokumenten durchsucht wurden. Eins der Hauptziele der Mörder war anscheinend, die Stimmstimm-Ergebnisse vor der Verhaftung zu schützen. Einige Stimmstimm waren schon verhaftet worden, eine Anzahl weiterer Verhaftungen stand bevor. Die durch die Morde erbiterte Dubliner Garnison wurde zur Vermeidung von Weiterverbreitungsmöglichkeiten, gegen die von Seiten der Militärbehörden die schärfsten Anordnungen getroffen werden, in der vergangenen Nacht in den Kasernen zurückgehalten. Das scheint aber nicht viel geholfen zu haben. Denn wie die „Times“ meldet, hat das Militär in der darauffolgenden Nacht eine lebhaftere Tätigkeit entwickelt, wobei Schüsse fielen und mehrere Personen getötet wurden. Der Verkehr auf der Straße nach 10 Uhr abends ist verboten. In Cork wurden zwei Polizisten entführt.

Die Regierung scheint sich nun endlich zu einem Systemwechsel zu entschließen. Wie uns aus London telegraphiert wird, ist der Vizekönig von Irland, Lord Cheimsford, seines Postens entkoben und an seiner Stelle Lord Wellington ernannt worden.

Notizen.

Für Zwangsbewirtschaftung von Milch. Im badischen Ministerium des Innern fand auf Anregung des hiesigen Landesnahrungsmittelministeriums eine Besprechung über die Ernährungsfragen statt, an der Regierungsvertreter aus Bayern, Württemberg und Baden teilnahmen. Die Ministerialvertreter gaben in ihrer Entscheidung der Ansicht Ausdruck, daß an der Zwangsbewirtschaftung von Milch bis auf weiteres festgehalten werden muß. Ferner wurde die Einfuhr von Lebensmitteln und die Wucherbekämpfung besprochen.

Für Sozialdemokratie zurück. Der frühere unabhängige Landwirtschaftsminister Hofer ist dem Beispiel von Stöbel, Westrippe und vielen andern folgend, zur alten Sozialdemokratischen Partei zurückgekehrt.

Vom Kampf gegen den Wucher. Dem Reichstag ist der Entwurf eines Gesetzes über Verschärfung der Strafen gegen Schleichhändler, Preissteigerung und verbotene Ausfuhr lebenswichtiger Gegenstände zugegangen.

Auf 40 000 Stimmen ein Abgeordneter. Der Wahlausschuss der Preussischen Landesversammlung beschloß bei der Beratung des Landtagswahlgesetzes, die Stimmenzahl, auf die ein Abgeordneter entfallen soll, von 45 000 auf 40 000 herabzusetzen.

Für die Zulassung Deutschlands. Der Generalsekretär des „Vereinigung“ erklärt, er habe eine Umfrage bei den Bevollmächtigten beim Völkerbund veranstaltet und festgestellt, daß 24 Staaten unter 30 der Zulassung Deutschlands zum Völkerbund günstig gestimmt seien.

Wegen Wahl, nach Welschler, ist die Wahl der sozialdemokratischen Partei und der sozialdemokratischen Partei Deutschlands abgebrochen, die bis zum 6. Dezember einberufen allgemeine Konferenz, bis nach Neujahr zu verschieben, dagegen am 6. Dezember d. J. in Bern eine Konferenz abzuhalten, welche die Grundlagen des Arbeitsprogramms für die spätere allgemeine Konferenz feststellen soll.

Vom Landarbeiterstreik in Grafsburg. Wie das „Westfälische Tageblatt“ meldet, hat der Landarbeiterverband in Grafsburg den verschärften Streik verkündet. Es werden von den Arbeitern keine Notstandsarbeiten mehr verrichtet. Die Technische Hochschule ist in verstärktem Maße eingeleitet worden.

Ein Darlehen an Deutschland. Ein Syndikat, dem u. a. Henry Morgenthau, Morgan, Camont und die Guaranty Trust Company angehören, schlug, New Yorker Berichten zufolge, dem Präsidenten Wilson vor, daß das in den Vereinigten Staaten beschlagnahmte deutsche Eigentum, dessen Wert auf 400 Millionen Dollar geschätzt wird, von dem Kreuzfahrer Darwin auf das Syndikat übertragen werden und die Grundzüge bilden solle für einen Deutschland zu gewährenden Kredit von zwei Milliarden Dollar zur Lieferung von Baumwolle, Getreide, Kupfer, Nahrungsmitteln, Brennstoffen und andern Rohstoffen. Deutschlands Zustimmung, die erforderlich ist, soll ebenfalls schon erteilt sein.

Wettura geschlagen. Die „Times“ meldet aus Warschau, daß die von den französischen und polnischen Generalstäben vorbereitete ukrainische Offensive gegen die Bolschewiken insolge Verrats in Unglück sei. Die Bolschewiken zwangen die Ukrainer, sich nach Polen zurückzuziehen, wo sie entwaffnet und interniert wurden.

Der Republikanische Führerbund und Moskau. Eine außerordentliche Bundeskongress des Republikanischen Führerbundes hat mit 23 gegen 7 Stimmen beschlossen, daß Angehörige der dritten Internationalen nicht Mitglieder des R. F. V. sein können, weil man sie nicht als Schützer der demokratisch-republikanischen Staatsform ansehen könne. Der Beschluß war nötig geworden, weil Kommunisten versucht hatten, in die Organisation einzudringen.

Depeschen.

Das Wahlgesetz angenommen.

W. L. B. Berlin, 22. November. Der Wahlrechtsausschuss der Preussischen Landesversammlung nahm die Gesetzesentwürfe über die Wahl zum Landtag, zu den Provinziallandtagen und zu den Kreistagen an. Zu dem Entwurf über die Wahl zu den Provinziallandtagen wurde einem Antrag zugestimmt, wonach die Provinzen Preußens in der Regel die Wahlen am gleichen Tage vornehmen sollen.

Milderung in der Frage der Ablieferung von Milchfäßen?

L. U. Berlin, 23. November. Von einem nach Berlin zurückgekehrten deutschen Unterhändler, der an den Pariser Besprechungen über die von der Entente geforderten 10 000 Milchfäße beteiligt war, sind, wie der „Kölnische Anzeiger“ hört, etwas tröstlichere Mitteilungen über den Stand dieser Frage eingebracht worden. Man darf wohl hoffen, daß die mündlichen Bemerkungen unserer Vertreter nicht nutzlos gewesen sind.

Streit in Ratibor.

L. U. Ratibor, 23. November. Hier sind die gesamten Industriearbeiter in den Streik getreten. Alle Versuche, die Kraft- und Wasserwerke zu sabotieren, sind bisher erfolglos geblieben. Die Verhandlungen der Internationalen Kommission für Beilegung des Streits hatten bisher kein Ergebnis.

Die Ursache des Eisenbahnunglücks bei Marienburg.

W. L. B. Königsberg, 23. November. Zu dem bereits gemeldeten Eisenbahnunglück bei Marienburg wird folgendes festgestellt: Der um 7.05 Uhr morgens fahplanmäßig von Marienburg abgehende Güterzug war nicht rechtzeitig zur Abfahrt bereit. Trotzdem die Festigmeldung erst zu einer Zeit an den Fahrleiters gelangte, wo es nicht mehr möglich gewesen wäre, die Kreuzung mit dem fahplanmäßig in entgegengekehrter Richtung kommenden Personenzug 1001 auf der Nachbarschaft rechtzeitig durchzuführen, gab der Fahrleiters den Auftrag, den Güterzug abfahren zu lassen. Er bemerkte jedoch seinen Irrtum und widerrief den gegebenen Auftrag, ohne sich zu vergewissern, ob der Güterzug auch nicht abgefahren sei, was tatsächlich geschehen war.

Der Personenzug war von der Station Braunsvalde mit dem Befehl zur Kreuzung der beiden Jüge in Marienburg abgefahren worden. Beide Jüge trafen bei starkem Nebel an einer durch Gebäude einerseits und durch einen Bahneinschnitt in einem starken Gleisbogen sehr unübersichtlichen Stelle zusammen. Dem Güterzug war infolge des von Marienburg abgegebenen Fahrplans noch das Haltsignal gegeben worden, so daß er fast zum Halten gekommen war. Der Personenzug fuhr jedoch in dem starken Gefälle der Strecke, in voller Kraft auf ihn auf, so daß die Lokomotiven ineinander fuhren und die Wagen zusammengequetscht wurden. Dadurch entstand nicht nur ein erheblicher Verlust an Menschenleben, sondern auch ein ganz bedeutender Sachschaden. Das Personal der Jüge trifft keine Schuld. Diese fällt lediglich auf den Fahrleiters der Station Marienburg. An der von Vertretern der Eisenbahndirektion unter Führung des Präsidenten vorgenommenen Untersuchung beteiligten sich auch ein Untersuchungsrichter und ein Vertreter der Staatsanwaltschaft. Der Personenverkehr auf der Strecke Marienwerder-Marienburg wird durch Umleitungen an der Unfallsstelle, der Güterverkehr durch Umschalen aufrechterhalten. Die volle Wiederaufnahme des Verkehrs wird voraussichtlich am Dienstag nachmittag erfolgen können.

Große Unterschlagungen in Duisburg.

W. L. B. Duisburg, 22. November. Auf dem Hiesigen Hauptbahnhof ist man in den letzten Tagen umfangreiche Unterschlagungen in der Fahrkartenausgabe auf die Spur gekommen. Bisher sind 17 Personen in Haft genommen. Es soll sich um Betrügler beim Verkauf von Fahrkarten handeln, die unter Ausschaltung der Kontrollapparate ausgegeben wurden. Der hiezburch dem Staate zugefügte Schaden soll in die Hunderttausende, wenn nicht sogar in die Millionen gehen. Die Untersuchung ist in vollem Gange.

Frankreich intrigiert.

W. L. B. Paris, 23. November. Wie das „Echo de Paris“ mitteilt, hat die französische Regierung die englische Regierung ersucht, vor Donnerstag, also vor dem Zusammentritt der neu gewählten griechischen Kammer, eine französisch-englische Erklärung zu veröffentlichen, um Griechenland wissen zu lassen, daß es, falls Konstantin wieder den Thron besteigt, nicht mehr auf die guten Dienste und den Beistand der Kabinette von London und Paris zu rechnen habe.

Die Donaufonferenz am 1. Dezember 1920.

L. U. Wien, 23. November. Die nächste Tagung der internationalen Donaufonferenz unter dem Vorsitz des Vertreters Englands, Admiral Crombridge, wird am 1. Dezember in Wien stattfinden. Auch hier wird der endgültige Sitz der dauernden Verwaltung der Donau festgelegt und die Beratungen des Rates sowie die Regelung der Schiffahrtsabgaben auf der Strecke des Eisernen Tores erfolgen.

In der Dunkelheit beendet.

W. L. B. Innsbruck, 22. November. Das Bundesstaatsgericht hat bei Abbruch der Dunkelheit seinen Abschluß gefunden. Hierauf erfolgte die Preisverteilung. Es ereignete sich kein Zwischenfall.

Eröffnung

unseres neuen Unternehmens



Mittwoch den 24. November,
vormittags 10 Uhr.

Damen-Schnürstiefel
echt Box calf
Hochschaff
beste Rahmenarbeit
von 195⁰⁰ an

Wir führen als Spezialität:
Herren-Stiefel
Damen-Stiefel
Damen-Halbschuhe
in bester Rahmenarbeit

Erprobte Qualitäten
renommiertester Fabriken

Erlasene Formen
der neuesten Modeschöpfungen

Populäre Preislagen
durch frühzeitig getätigte
Abschlüsse

Um freundliche Besichtigung unserer
Schaufenster-Auslagen wird gebeten.

Herren-Schnürstiefel
Derby-Lackkappe oder
echte Kappe
beste Rahmenarbeit
von 195⁰⁰ an

34 Breiteweg 34

Straßenbahnhaltstelle
gegenüber der Alten Ulrichstraße.

Chemisch-Reinigen von Kleidungsstücken

jeder Art ohne Einbuße an Färbung u. Farbe sowie

Gardinen-Waschen und -Spannen auf neu

2648 in spätestens 8 bis 10 Tagen.

Eigene Läden: Bretterweg 271, Kaiserstraße 18 (Ring, Wilhelmstraße),
Jakobstraße 89, Johannsberg 15, Hauptwache 2, Gr. Diederstraße
Straße 228, Hebevorstraße, Schönebeker Straße 26, Halber-
städter Straße 111 (Eingang Rottendorfer Straße).

Färberei Leis Nachf.

Fabrik: Gr. Diederstraße 86. Fernsprech-Anschluss 1105.

Wieder Waschen Wasche

Klucowasch

Salmlak - Terpentin - Seifenpulver
— altbewährte Friedensqualität —

Sparbarer Verbrauch. Unverletzte Wirkung. Völlige Unschädlichkeit.
Hersteller: Kluge & Co., Seifenfabrik, Magdeburg.

Sie sparen Geld wenn Sie bei
Kaufmann kaufen, Halber-
städter Straße 40,
Tel. 6002. Größte
Auswahl in Musik-
instrumenten, Saiten u.
Zubehör aller Art.
Sobald Instrumente
eine Reperatur bedürfen,
in Qualität und Preis. Schenken
Sie von Kaufmann kaufen, be-
achten Sie meine Preise. Nach-
weis tüchtiger Arbeit aller
Instrumente, Reparaturen.

Achtung, Musiker!
„Elite“-Saiten
Sind doch die besten
Saiten f. alle Streich-
und Zupfinstrumente
zu herabgesetzten Preisen.
Streu reelle fachm.
2887 Badlungg.

Musikhaus Weber
— Ringstraße Nr. 2. —
Schw. Gehrock-Kleidung für
100.00 Mark zu verkaufen
Friedemannstraße Nr. 7,
in der Pflanzerei Güte d.

Deutsche 2706

Badeseife

In Toilettenseifen in
fein. Verpackungen
billigst. offeriert

Ernst Feigenspan

Solten ein gross
viktorlastr. 5 (a. Haupt-
bahnhof).
Fernspr. 8106.

Preiswerte Einzelmöbel

- Kleidergehänge, nussb.,
Sutoben und
Stange Preis 450
- Weschts, nussbaum 450
- Weschts, hohe Form,
mit Klappen Preis 450
- Weschts, nussb.,
m. weiß. Spiegel Preis 250
- Sofas, 170 cm lang, gut
gepolstert, aparter
Preis 560
- Truemeaus mit Glase,
nussbaum furniert, mit
geschliffen. Spiegel Preis 450
- Wasserschiffchen, nussb.,
nusspol. Preis 165
- Nussbaum Stühle mit
schöner Holzschl.,
modern Preis 50, 65, 70
- Platzgarbensteden, in den
eiche furniert Preis 350
- Wasserschiffchen, nussbaum,
mit Wasserschiff Preis 350
- Chiffelongues, gut ge-
polstert, aparter
Preis 300
- Schreibtische, echt eiche
furniert, braun gebeizt
mit drei Stufen, 1086
Preis 300
- Große Schreibtische mit
prima Stuhl Preis 340

Schreibmaschinen -Reparaturen Büro- u. Haus- Schreibmaschinen

Plisse

Jeder Art wird schnell und
sauber plissiert
Göke, Goldschmiedstr. 6, I.

Lederhosen

mit Leder, eigener Fabrikation, in
allen Größen wieder am Lager

G. Gehse

Sohnsstraße 14.

Zahnpulver, Zahnpasta

"23"
Kleinstes Pack, gesunde Zähne
in allen Apoth., Drog. u. Parf. u.

Gold- u. Silber- Gegenstände, Schmuck, Kunstgegenstände, streng reelle Höchstpreise

Recht Kaiserstraße 39, III.
Telephon Nr. 4369.

Möbeltransporte

innerhalb der Stadt, über
Land usw. per Bahn ohne je-
den Unabtrag führt billigst ab

Ernst Funke

jetzt Buckau, Am d. Elbe
Telephon Nr. 4400. 268

Fuhren

aller Art erzielten sojor
Blanc Radler, Schönebeker
Telephon 5250 und 2475.

Außerordentlich preiswerte
Damen-Konfektion
Nur Steinstr. 5, I.

Jalousien — Rolläden
Reparatur u. Neuanfertigung.
Carl Helmholtz, Gr. Diederstraße 128,
Telephon 4572, 4823

Empfang frische Sendung
Bratfische Pfund 2.00
Brassen Pfund 3.00
Zander, Hechte Pfund 6.00
Berta Weiss, Gr. Zunkerstraße 8.

Möbel
besond. preisw. habe abzug.
1 tabelllos, gut erhaltener
Bierens, 1 eichen. Spiegel,
3500 M., 1 Bierens, 2800 M.,
Wohnsalon 2000 M., Möbel-
Sendung, Breiteweg 150, 128

Schlafzimmer
Rücken, Sofas, Chiffel-
longues, Einzel- u. Kinder-
möbel sehr preiswert. 1118,
Babelsberg, vorm. W. Pfling,
Dreierregelstraße 4, 2879

Möbel
bedeutend herabge-
setzte Preise 2841
bar u. Teilzahlung
Bienen & Chausid
23 Minna-Reichstraße 23

einige Damen-Handtaschen,
100 M., zu verkaufen. O. Mohr,
Lützenstraße 15, I. Et. 5851

Hüte, Mützen, Pelzwaren
Modernisieren von Pelzjahren billig u. sauber
Ankauf von Kanin- und Waidervellen. 5850
Rudolf Kämmerer, Neustadt, Lulsestr. 22

Nur für Wiederverkäufer! Günstigste Offerte!
Christbaumschmuck-Fabrik Worbis
Fabriklager Magdeburg, Augustastr. 10 Telephon 7885
Größte Auswahl in entzückenden Neuheiten: 2824
Spitzen, Waffelfiguren, Glasschmuck, Rohlnooerschmuck etc.

Klues Preise seit 1735
Prüfungswort

Louis Kaufmann
Großhandlung für Zigarren-Fabrikate
Lager u. Kontor Verkaufsniederlage,
Hauptstr. 2 Alte Ulrichstr. 3
Telephon 7920.

Zigarren-, Zigaretten- Reklame-Verkauf!

Nur Nr. 3 Alte Ulrichstr. Nr. 3
neben dem Stadtgeschäfts
von Mittwoch, 24. November
bis Mittwoch, 1. Dezember.
Beachten Sie bitte das Schaufenster
Alte Ulrichstraße Nr. 3
und versuchen Sie meine Qualitätsmarken. Ich führe
nur erstklassige Fabrikate zu billigsten Preisen.
Besonders empfehlenswert meine Hausmarken:
Ganella . . . 40 La Constanza 1.20
Pillbe . . . 50 La Estrella . 1.50
Diplomat . . 60 El Paloma . 1.50
La Esperanza 80 Nestor . . . 2.00
Mittelpunkt . 90 und höher. 2804

Sonnabends bis 7 Uhr geöffnet.

Billigste Preise durch Ersparnis der feuern Ladenmiete Billigste Preise

Durch rechtzeitige Einkäufe zur billigsten Zeit habe ich noch
gute, reelle Waren zu vorteilhaften Preisen zu verkaufen.

- Mäntel aus Flauch und andern guten Stoffen 120⁰⁰
350.00 400.00 350.00 245.00
- Kostüme aus gutem Gewebe, auf Gelbe u. andre Stoffe 150⁰⁰
650.00 510.00 350.00 250.00
- Röcke in schöner Verarbeitung 48⁰⁰
250.00 250.00 145.00 85.00
- Blusen in eleganter Ausstattung, in Stoff und Gelbe 38⁰⁰
220.00 125.00 85.00
- Wasser in schönen Flauch- und andern Stoffen 165⁰⁰
225.00 510.00 385.00 250.00
- Anzüge für Herren, aus guten Stoffen und Zutaten 245⁰⁰
745.00 650.00 450.00
- für Knaben 60.00 210.00 150.00 95.00
- Sofen in allen modernen Streifen . . . von 65⁰⁰ an
- Ferner:
Pelze Kragen und Muffen . . . von 48⁰⁰ an
Krawatten und Modernisierungen werden billig und sauber ausgeführt.

Sieverlings Etagegeschäft Jakobstr. 17.

Sonnabends bis 7 Uhr geöffnet.

DICKE BOHNEN ZIGARETTE OHNE MUNDSTÜCK ADLER
20% UNTERPREIS IN GROSSE

2. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 275.

Magdeburg, Mittwoch den 24. November 1920.

31. Jahrgang.

Suhmans über die Internationale.

Vor einer allgemeinen Funktionärskonferenz der S. P. D. Groß-Berlins machte Genosse Suhmans (Brüssel), der Sekretär der zweiten Internationale, über das Thema „Die zweite und die dritte Internationale“ folgende bemerkenswerte Ausführungen:

„Als ich das erstmal nach dem Krieg in Gemeinschaft mit deutschen Parteigenossen im Jahre 1919 in Basel öffentlich auftrat, erregte diese Tatsache in meinem Land einen ziemlichen Skandal. Heute dürfte es das erstmal sein, daß ein Belgier in Berlin öffentlich auftritt, in dessen wird diese Tatsache heute kein besonderes Aufsehen mehr erregen. Sie müssen sich bemühen, die Mentalität unserer belgischen Arbeiter zu verstehen, so wie ich mich während des Krieges stets bemüht habe, Ihrer Gedankenrichtung stets zu folgen. Gewiß gab es auch bei uns Leute, die der deutschen Arbeiterklasse die Lagen der deutschen Regierung zur Last gelegt haben. Dennoch haben wir stets versucht, in unserer schweren Position keines der beiden für uns maßgebenden Prinzipien außer acht zu lassen: das Prinzip der nationalen Verteiligung einerseits und das Prinzip der internationalen Verständigung auf der andern Seite. Sie werden mich nun fragen, was die Internationale bedeutet hat und was sie geleistet hat. Die erste Internationale war eigentlich nichts als eine Gruppe von versprengten Intellektuellen. Sie war ein Symbol für die Anziehungskraft des Unbekannten, sowie auch die Anziehungskraft der Moskauer Internationale vor allem auf mangelnder Bekanntheit mit ihr beruht. Die geistliche Genialität der Marxisten hat

auch den besten Parteien geschaffen. Der Weg der Partei war in jedem Lande verschieden je nach den verschiedenen wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen. Nicht auf die Form, sondern auf den sozialistischen Geist kommt es an. Im allgemeinen hat die Arbeiterklasse während der 80 Jahre vor dem Kriege sich in den politischen Fragen opportunistisch verhalten. Auf den internationalen Kongressen wurden sehr allgemein gehaltene Resolutionsgegen den Krieg angenommen, aber kein entscheidendes Mittel gegen ihn gefunden. Gerade diejenigen Genossen, die vom Bankrotte der zweiten Internationale sprechen, haben in der Frage des Krieges am schwersten bankrott gemacht. Wir sind uns bewußt, daß die internationale Politik nicht einfach ist. Im Kriege haben wir uns bemüht, die internationalen Verbindungen aufrechtzuerhalten, obwohl uns von rechts und links Verrat vorgeworfen wurde. Die Moskauer Internationale haben wir im November 1918 einen gemeinschaftlichen Brief geschrieben, worin es hieß: Wir sind solidarisch mit Ihnen im Gedanken an die Internationale. Aber als dann 1917 die russische Revolution ausgebrochen war, und die Lösung lautete: Stockholm, da weigerten sich die Bolschewisten und ihre deutschen Gesinnungsgenossen, nach Stockholm zu gehen.

Am Ende des Krieges hörte ich oft die Meinung: Was können wir erreichen, wenn eine geschlossene Aktion möglich wäre. Ja, wir hätten die Meister der Lage sein können. Das ist aber nicht worden durch die Zersplitterung des Proletariats, die bewirkt, daß ein großer Teil des Proletariats noch unzureichend ist. Die Konferenzen von Bern, Amsterdam und Luzern im Jahre 1919 beweisen, daß wir seit dem Waffenstillstand nicht mächtig gewesen sind. Im März dieses Jahres kam ich mit anderen Genossen nach Berlin. Genosse Schiff, der mich vom Bahnhof abholte, erzählte mir, daß einige Offiziere sich unbotmäßig gezeigt, er meinte aber, Nothe habe alles in der Hand. Und dann kam der Kapp-Putsch. Das war mein erster Besuch in Berlin. Wir haben aber trotzdem gemeinschaftlich Proklamationen herausgebracht, die zur Einigung des Proletariats aufforderten. Eine zweite Kommission unserer Internationale wurde nach Moskau abgeordnet, eine dritte nach Polen, hauptsächlich um die Nachrichten über die Pogrome nachzuprüfen, eine vierte ging nach Georgien.

Die Berichte der Kommission in Rußland und der in Lissabon werden bald erscheinen und Sie werden die Resultate der beiden sozialistischen Methoden, der Diktatur und der Demokratie an diesen beiden Ländern selbst nachprüfen können. Kräfte, die weltweit jetzt noch in Georgien. Auch eine gemeinsame deutsch-polnische Aktion haben wir vorbereitet.

Was Oberstleuten angeht, so muß die freie Abstimmung der Bevölkerung das allein Entscheidende sein, historische Rechte gibt es für den Sozialisten nicht. Wir sind keine Parteigänger einer Exekutivpolitik, aber mit einem Sozialismus des Terrors und der Gewalt ist kein Kompromiß möglich. Wir bleiben demokratische Sozialisten. In Belgien werden die Moskauer Prinzipien wenig diskutiert, wir sind mehr für praktische Arbeit als für Prinzipienerei. Die Moskauer Methode sehen Sie an der Kroatien Arbeiterbewegung, die bis vor wenigen Monaten eine blühende sozialistische Bauernrepublik war; Moskau hat sie vernichtet, unterjocht und Tausende von Sozialisten in der schrecklichsten Weise hingerichtet. Wir müssen den ständigen Mut haben, die Bolschewisten zu fragen: Ist das Eure internationale Politik? Die Moskauer Schließen Bündnisse mit dem Armenier-Mörder Enver-Pascha und verbreiten offene Lügen über Armenien. Wir sind auch in Trapezunt gewesen. Die Moskauer haben in den dortigen Verhandlungen mit den türkischen Nationalisten Tausende der Erdbevölkerung ausgeliefert. Ist das sozialistische Politik?

Sozialdemokratische Parteigenossen zu erschrecken und der Hoheit eines Kemal-Pascha auszuliefern? Das gleiche Schicksal bietet Kaukasien, das zu 80 Prozent sozialistisch ist, aber demokratisch-sozialistisch, und von den Bolschewisten mit Krieg überzogen wird. Der Bolschewismus lebt vom Kriege, der Friede muß ihm aufgezungen werden, und am Frieden wird er sterben. Die demokratischen Sozialisten, sagt Sinowjew, und darin bin ich ganz mit ihm einig, gehören zur zweiten Internationale, nur die Bolschewisten gehören zur dritten Internationale. Darum wird es in absehbarer Zeit bei zwei Internationalen bleiben.

Die Bolschewisten haben einen großen taktischen Fehler begangen, indem sie uns als Selbe bezeichnen, und damit täuschen sie keinen Arbeiter mehr. Die Unabhängigen haben in allen Ländern die Eigentümlichkeit, sich mehr an die radikale Phrase als an die radikale Aktion zu halten. Ihr Radikalismus ist, wie man es am deutlichsten in der Schweiz beobachten kann, weniger für den Hausgebrauch als für den Export berechnet. Wir in Belgien haben eine Kompromiß-Regierung gebildet, weil wir mitarbeiten und die Verwirklichung unserer Grundzüge nicht anderen Parteien überlassen, sondern selbst in die Hand nehmen wollten. Ich hoffe nach wie vor auf eine Evolution, die auch in Deutschland zur Vereinigung führt. Die Einheit wird vom gewerkschaftlichen Gedanken ausgehen. Und wenn die Sonne des Sozialismus hellhaft am Himmel er scheint, so wird sie, wie ein flämischer Dichter es ausspricht, nicht für einige, sondern für alle leuchten, denn der Sozialismus ist die Sache nicht einer Partei, nicht einer Nation, sondern der ganzen Menschheit.

Der Vortrag Suhmans' wurde häufig von lebhaften Weisfallen unterbrochen und ihm zum Schluß kläglich gedankt.

nicht. Wir sind keine Parteigänger einer Exekutivpolitik, aber mit einem Sozialismus des Terrors und der Gewalt ist kein Kompromiß möglich. Wir bleiben demokratische Sozialisten. In Belgien werden die Moskauer Prinzipien wenig diskutiert, wir sind mehr für praktische Arbeit als für Prinzipienerei. Die Moskauer Methode sehen Sie an der Kroatien Arbeiterbewegung, die bis vor wenigen Monaten eine blühende sozialistische Bauernrepublik war; Moskau hat sie vernichtet, unterjocht und Tausende von Sozialisten in der schrecklichsten Weise hingerichtet. Wir müssen den ständigen Mut haben, die Bolschewisten zu fragen: Ist das Eure internationale Politik? Die Moskauer Schließen Bündnisse mit dem Armenier-Mörder Enver-Pascha und verbreiten offene Lügen über Armenien. Wir sind auch in Trapezunt gewesen. Die Moskauer haben in den dortigen Verhandlungen mit den türkischen Nationalisten Tausende der Erdbevölkerung ausgeliefert. Ist das sozialistische Politik?

Sozialdemokratische Parteigenossen zu erschrecken und der Hoheit eines Kemal-Pascha auszuliefern? Das gleiche Schicksal bietet Kaukasien, das zu 80 Prozent sozialistisch ist, aber demokratisch-sozialistisch, und von den Bolschewisten mit Krieg überzogen wird. Der Bolschewismus lebt vom Kriege, der Friede muß ihm aufgezungen werden, und am Frieden wird er sterben. Die demokratischen Sozialisten, sagt Sinowjew, und darin bin ich ganz mit ihm einig, gehören zur zweiten Internationale, nur die Bolschewisten gehören zur dritten Internationale. Darum wird es in absehbarer Zeit bei zwei Internationalen bleiben.

Die Bolschewisten haben einen großen taktischen Fehler begangen, indem sie uns als Selbe bezeichnen, und damit täuschen sie keinen Arbeiter mehr. Die Unabhängigen haben in allen Ländern die Eigentümlichkeit, sich mehr an die radikale Phrase als an die radikale Aktion zu halten. Ihr Radikalismus ist, wie man es am deutlichsten in der Schweiz beobachten kann, weniger für den Hausgebrauch als für den Export berechnet. Wir in Belgien haben eine Kompromiß-Regierung gebildet, weil wir mitarbeiten und die Verwirklichung unserer Grundzüge nicht anderen Parteien überlassen, sondern selbst in die Hand nehmen wollten. Ich hoffe nach wie vor auf eine Evolution, die auch in Deutschland zur Vereinigung führt. Die Einheit wird vom gewerkschaftlichen Gedanken ausgehen. Und wenn die Sonne des Sozialismus hellhaft am Himmel er scheint, so wird sie, wie ein flämischer Dichter es ausspricht, nicht für einige, sondern für alle leuchten, denn der Sozialismus ist die Sache nicht einer Partei, nicht einer Nation, sondern der ganzen Menschheit.

Der Vortrag Suhmans' wurde häufig von lebhaften Weisfallen unterbrochen und ihm zum Schluß kläglich gedankt.

Provinz und Umgegend.

Das Reichsforstgesetz.

In Nummer 266 der „Volksstimme“ veröffentlichten wir eine zusammenfassende Darstellung des neuen Forstgesetzes, nach dem angenommen war, daß einschneidende Änderungen im Privatforstbetrieb zu erwarten stehen. Es hatte auch zuerst den Anschein, als ob die Reichsregierung tatsächlich der privatkapitalistischen Forstwirtschaft, oder besser: Holzwirtschaft, Dankschrauben anlegen würde, um die Produktion zu heben. Dieser günstige Eindruck wird aber bei eingehender Betrachtung der einzelnen Bestimmungen des Entwurfs und deren Auswirkung in das Gegenteil geteilt. Auch bei diesem Reichsgesetz hat man es wieder verstanden, durch eine bestechende Aufmachung, wie genossenschaftliche Bewirtschaftung und staatliche Beaufsichtigung der Privatwaldungen, den rückwärtigen Charakter des Reichsforstgesetzes zu verschleiern. Wie die wirklichen Forstfachverständigen über den Gesetzesentwurf denken, möge folgende Zuschrift aus Staatsförstereien beweisen:

Der Entwurf erfüllt keineswegs die Ansprüche, die vom volkswirtschaftlichen Standpunkt gefordert werden müssen. Die Betriebsaufsicht über Privatforsten durch Forstverwaltungsbeamte im Nebenamt gegen eine vom Waldbesitzer zu gewöhnliche Entschädigung ist zu verwerfen. Der § 16 ist ganz unhaltbar, denn er beläßt den Besitzern der Privatwaldungen die Festlegung der Wirtschaftsziele, die Regelung der Nachhaltigkeit, die technische

Behandlung, die Verwaltung, Betriebsführung und Nutzung. Dadurch wird der Zweck des § 8, in dem die Aufstellung von Betriebsplänen oder Betriebsgutachten gefordert wird, vollkommen illusorisch gemacht. Verbleibt dem Waldbesitzer die Festlegung der Wirtschaftsziele und die Regelung der Nachhaltigkeit, so erübrigt sich die Aufstellung eines besondern Betriebsplans deswegen, weil doch dieser sogar gesetzlich einfach den Anforderungen des Besitzers entsprechen muß. Der Begriff Nachhaltigkeit ist sehr verschieden auszuliegen und wird sich nach den geltenden Bedürfnissen des Waldbesitzers richten. Diese Art der künftigen Bewirtschaftung der Privatwaldungen entspricht nicht den Interessen des Volkes.

Wenigstens ist § 18 des Entwurfs, nach dem die Privatwaldbesitzer die Wirtschaftspläne unter Verschuldigung ihrer wirtschaftlichen Verbindlichkeiten bei genügender Befähigung selbst aufstellen oder durch geeignete Sachverständige aufstellen lassen dürfen. Die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Waldbesitzer sind natürlich recht weitgehende; je weitgehender sie sind, um so mehr wird sich der Grad der Nachhaltigkeit, das heißt in diesem Falle der dem Walde zu entnehmende Geldwert erhöhen. Wenn sollte doch dann einfach sagen: Die Waldbesitzer können die Betriebspläne durch ihren eigenen oder geeignete Sachverständige aufstellen lassen. Denn das ist doch der Zweck dieser beabsichtigten Bestimmung. Man komme gar nicht mit dem beliebigen Entwurf der „Sachverständigen“: Die Initiative muß dem Privatwaldbesitzer erhalten bleiben. Es verfügt nämlich nur ein ganz geringer Teil der Besitzer von Privatwaldungen über forsttechnisches Können. Die beschriebene und rückschrittlich nun diese Bestimmungen wirken, zeigt, daß bislang die Bewirtschaftung des Privatwaldes allein nach den Ansichten des Besitzers zu geschehen hatte, während dieser jetzt nach dem Entwurf des Reichsforstgesetzes in die Lage versetzt wird, das sogar auf Grund eines Gesetzes zu tun.

Der vielfach volkswirtschaftlich schädliche Zustand der Privatforsten, der künftige Festbedarf an Holz in einer Höhe von 18 Millionen Festmeter im Werte von 7 bis 8 Milliarden Mark erfordert gebietet es aus der Not der Zeit die

Sozialisierung der Privatforsten, zum mindesten die Beförderung und Verwaltung von Staatsforsten, deren Kosten von den Besitzern durch Umlage zu decken sind, sowie die restlose steuerliche Erfassung der Einnahmen aus den Privatwaldungen.

Die jetzige Fassung des Reichsforstgesetzes kann keineswegs überraschen. Die Urheber des Entwurfs sind bezeichnenderweise in erster Linie die interessierten Kreise, nämlich die Waldbesitzer selbst, welche mit 82 Räten an dem aus 77 Mitgliedern bestehenden Reichsforstwirtschaftsrat beteiligt sind. Der Rest sind Privat- und Staatsförstereier sowie sonstige höhere Forstbeamte, und nur sechs Vertreter der Landarbeiter und nur sechs Förster haben im Reichsforstwirtschaftsrat einflußlos der Gemeinschaft von Waldbesitzern und Forstverwaltungsbeamten gegenüber. Treffender als durch den reaktionären Entwurf des Reichsforstgesetzes kann die ungewünschte Zusammenziehung des Reichsforstwirtschaftsrats nicht gezeigt werden.

Parteinachrichten.

Mein-Wangleben. Sozialdemokratischer Verein. Am Mittwoch den 24. Novbr. abds. 8 Uhr, Mitgliederversammlung bei Genoss. Parteinachricht.

Preis Wangleben.

Groß-Otterleben, 20. November. (Sozialdemokratischer Verein.) Die gut besuchte Versammlung beschäftigte sich zunächst mit der Revolutionsfeier. Sämtliche Redner bebaueten, daß sich so wenig ältere Genossen daran beteiligen haben. Für die Zukunft wird gewünscht, daß der 9. November im ganzen Bezirk oder im Reich einheitlich und in würdiger Form gefeiert wird. Der Bildungsausschuß, der vom Genossen Lehner leitet, wird abgehalten wird, beginnt am Mittwoch den 24. November abends pünktlich 8 Uhr bei Neudorf. Zur Teilnahme meldebeten sich 28 Genossen. Die Diskussion über diesen Punkt ergab Einstimmigkeit darüber, daß die Arbeiterschaft verpflichtet ist, sich Wissen anzueignen. Gerade die neue Zeit fordert gebieterisch, daß jede Gelegenheit zur Weiterbildung benutzt wird; jeder einzelne hat auch an sich selbst Erziehungsarbeit zu leisten, wenn er ein Kämpfer für die sozialistischen Ziele sein will. Ueber die Sozialisierungsfrage ist Klarheit in der Arbeiterschaft zu schaffen. Die riesige inflationistische Unklarheit über die Sozialisierung bedeutet eine ernste Gefahr für die Arbeiterjugend muß ein Unterbrechungsraum geschaffen

Die tanzende Familie Helderbuch.

Ein Roman aus Oesterreich von Johannes Thummerer.

(59. Fortsetzung.) Nachdruck verboten

Am selben Abend noch wurde der Arbeiterverein begründet und die wichtigsten Satzungen aufgestellt. Spät in der Nacht zogen dann die Arbeiter zu ihren Kameraden und Freunden, werten sie aus dem Schlafe, holten sie aus den Stuben und forderten sie auf, sich in die Mitgliederliste einzutragen. Singend begleitete schließlich eine Schar junger Arbeiter Hagenau fast wie im Triumph nach Hause, wo Frau Elisabeth in banger Sorge auf ihn gewartet hatte. Andre freilich sorgten, daß der ruhige Verlauf der Gründung eine Erlaubnis erhielt. Sie zogen angezogen unter Neugebauer's Führung vor die Wohnungen zweier Fabrikanten und warfen ihnen die Fenstersteinen ein.

Gustav hatte an diesem Abend die Sorge um das Geschäft Marianne und Hermine überlassen und war mit den Arbeitern gegangen. Hagenau hatte er ja immer bewundert; nun zwang ihn auch die Entschlossenheit der andern Arbeiter schneues Staunen an. Als er im Morgengrauen allein durch die stillen Gassen heimwärts schritt, überwältigte ihn fast der Schmerz über seine eigene weiche Ohnmacht, seinen vorsichtigen Kleinmut. Gewiß führte er auch durch, was er sich einmal in den Kopf gesetzt hatte, hielt aus in Armut und Mangel trotz aller Widerlichkeiten, die ihm tagtäglich zustiegen. Aber mit harter Stirn hatte er nur einmal etwas erreicht, damals als er Heinrich veranlagte, die Einnahmen aufzuschreiben. Und auch das hatte nur die Wirkung gehabt, daß man ihn betrog. Mit dem festen Entschluß, künftig unnahegebiert zu sein und wie die Arbeiter im großen Zusammenstoß, so selber im Kleinen, zu Hause, gegenüber den Gästen, Marianne und der Schwiegermutter sein Recht unbeugsam zu wahren, ging er zur Ruhe. Hatte er gehnt, daß am selben Nachmittag Marianne vom dem Reisenden ein Briefchen erhalten hatte, in dem er sie für die nächste Woche in den Stadtpark bestellte, so hätte seine Entschlossenheit gleich die Feuerprobe bestehen können.

Zwei Wochen nach der Begründung zählte der Arbeiterverein, der sich „Freisoziale Gemeinschaft“ nannte, schon über tausend Mitglieder und immer noch kamen neue hinzu, da fast ein jeder neu Eintretende unter seinen Freunden und Bekannten Anklang fand. Drei Viertel der Arbeiter des Röhrenwalzwerks,

in dem Hagenau gearbeitet hatte, und ein großer Teil der Arbeiterschaft aus den andern Fabriken schlossen sich an, dazu viele Kleinmeister und Handwerker, die unter der Konkurrenz der größeren Betriebe zu leiden hatten.

Die Fabrikanten sahen sich gegenüber diesem jähen Anwachsen der Arbeiterbewegung völlig machtlos. Mancher von ihnen hätte seine besten Arbeiter aussperrern müssen, wenn er keinen „Organisierten“ in seinem Betrieb hätte bulden wollen. Aus dem Deutschen Reich hätte man sich ebenfalls Ersatz schaffen können, aber da waren, das mußte man recht gut, die Arbeiter auch zum großen Teil organisiert, und es gab keine Gewähr dafür, daß sie sich, wenn sie erst einmal aufgenommen waren, nicht auch heimlich dem Verein anschlossen. So machten die Fabrikanten zunächst gute Miene zum bösen Spiele, duldeten stillschweigend den Arbeiterverein und einige willigen sogar in die lange verprochene Lohnhöhung, die die Arbeiter forderten.

Ein viel schlimmerer Schlag drohte dieser Zusammenschluß der Arbeiter für die beiden Wählerparteien und nicht zuletzt auch für das Deutschtum in der Erzgebirgsstadt zu werden. Die bürgerlichen Kreise hatten die Arbeiter ja jahrelang als „Stimmvieh“ bei den Gemeindevahlen benutzt, ohne sich nachträglich um die meist nicht mit besonderem Nachdruck gestellten Forderungen zu kümmern, und sie hatten dabei eins übersehen: daß sich die Stadt von Jahr zu Jahr mehr industrialisierte und daß daher die arbeitende Bevölkerung ständig anwuchs. Die nahe Landesgrenze begünstigte die Entstehung neuer Industrien, für die Arbeiter aus den Dörfern der Umgebung herangezogen wurden. Die allestagesessene Eisen- und Bergwerksindustrie, die großen Steinbrüche und Ziegeleien hatten stetig ihre Betriebe vergrößert, das Bahnnetz nach den umgebenden Ortschaften hatte sich verdichtet, für den Durchgangsverkehr nach den nahen Kurorten Wilsch, Teplitz, Karlsbad, Franzensbad und nach der Landeshauptstadt war die Stadt als Eisenbahnknotenpunkt immer wichtiger geworden, so daß der Bahnhof vergrößert und immer mehr Bahnarbeiter und Bahndienstleute angestellt werden mußten.

Diese Entwicklung war noch lange nicht zum Stillstand gelangt. Hätten daher die bürgerlichen Kreise statt einander zu beschneiden, für einen härteren, einigen nationalen Zusammenschluß ohne Unterschied der gesellschaftlichen Stellung gesorgt, so hätten sie leicht die Arbeiterschaft, solange sie noch einen geringen Bruchteil der Gesamtbevölkerung ausmachte, von vornherein auf ihre Seite bringen können. Nun wäre es beinahe zu spät gewesen,

wenn nicht im letzten Augenblicke, getreu seinem Voratz, Hellmer eingegriffen hätte.

Hellmer wandte sich zunächst brieflich an Hagenau und verabredete mit ihm eine Zusammenkunft.

Hagenau war in diesen Tagen herausen von dem Glücke, die Massen zu beherrschen und ihnen seinen Willen, seine Ueberzeugung aufzuzwingen zu können. Vergessen waren die trübseligen Stunden des Beides und des Zweifels, die ihn, ohne daß er's ahnte, gefesselt und seinen allzu hochfliegenden, schwärmerischen Sinn zweckmäßig-praktischen Zielen zugewandt hatten. Schon hatte er wieder — durch Vermittlung eines Genossen — in einer Dreierlei Stellung gefunden, er arbeitete aber zunächst nur vormittags, um nachmittags bei seiner Frau sein zu können. Die hatte keine Ahnung, daß er fast drei Wochen stellunglos gewesen war und, um ihr das zu verheimlichen, fast seine ganzen Ersparnisse aufgebraucht hatte. Nun war sie froh und glücklich, daß er stundenlang bei ihr sein konnte, und ließ ihn, befriedigt von seiner langen Gegenwart, abends ohne Vorwurf in die Versammlungen gehen. Sie lebte nun so sehr auf, daß der Arzt trotz ihres Zustandes die Hoffnung dauernder Heilung geben konnte. Und dieses Hoffnungs wirkte in Hagenau ein Wunder: sie schenkte dem armen, heimatlosen Arbeiter, was ihm bisher verweigert gewesen, eine leise, keimende Liebe zu dem Gledchen Erde, das seine Frau umhagte, ihr frische Lebenskraft gab und die giftigen Keime der Schwindsucht in ihr tötete. Etwas wie Heimatgefühl klag in ihm auf, und der heiße Wille, sich einen festen Stand zu erringen, Wurzel zu fassen in dem Boden; der sein Bestes am Leben erhielt, blühen und gedeihen ließ und seinem Kind einstmals das weiche Gefühl der Heimatlosigkeit ersparen sollte. Dieses Heimatgefühl nahm nun seinen Maßnahmen den Haß und die Wahlosigkeit. Er hatte die Arbeiter immer vor Ausschreitungen gewarnt, und als an jenem Gründungsabend einige unter Führung des Anton Neugebauer zwei Fabrikanten die Fenster einwarfen, hatte er sie scharf getadelt, ja die Ausschließung Neugebauer's aus dem Verein bewirkt. Nun war er erst recht für eine Auge Wächterpolitik, die ja auch seinem vornehmen Wesen mehr zusagte als schroffe Kampfanlage. Er entäuerte so wohl manchen, die zunächst geglaubt hatten, daß nun, nachdem man einmal organisiert war, der Himmel auf Erden beginnen würde, rettete aber gerade so auch die Arbeiter, unter denen ja doch auch genaue räumliche Elemente waren, vor mancherlei Unheil.

(Fortsetzung folgt.)

werden. Es ist Pflicht der Gemeinde, dafür zu sorgen, daß ein Mann gestellt wird, der sich zu den nötigen Zusammenkünften eignet; an die Benutzung darf nicht der lächerliche Zwang zum Trinken geknüpft sein. Außerordentlich interessant war der Erfahrungsaustausch über die Agitation. Die wohnsinnige Agitationsmethode der Unabhängigen hat erreicht, daß ein großer Teil der Arbeiter sich jedes Interesse an der Politik verloren hat. Man begreift durchweg die Führer dieser Partei als Schwindler, die erst im Augenblick unzulänglich versuchen, als ihnen das Messer an der Kehle faßt. Die irreführenden Arbeiter zugewinnungen, ist unsere schmerzliche Aufgabe. Der Erfolg der Agitationsarbeit am Ort ist recht erfreulich. Trotzdem noch eine Anzahl Bezirke ausstehen, konnten doch bis jetzt schon 40 Neuaufnahmen gebucht werden. Dieser Erfolg muß zu neuer Arbeit anspornen. Die Arbeit ist schwer, aber sie muß geleistet werden. Die kommenden Wahlen müssen uns gestärkt finden. Deshalb erklärt sich die Versammlung einstimmig mit der Vertragsaufhebung auf 30 bzw. 30 Wk. ab 1. Januar 1921 einverstanden. Meinungsverschiedenheiten bestehen nur über die Einführung der Sterbeunterstützung. Die Abstimmung ergibt trotzdem eine Mehrheit für Einführung der Sterbeunterstützung. Das rege Leben in der Partei und in den Versammlungen läßt die besten Erfolge für die Zukunft am Ort erhoffen.

Kreis Wolmirstedt-Neuhaldensleben.

Partei-Konferenzen.

Um recht vielen Parteigenossen die Teilnahme an unseren Konferenzen zu ermöglichen, fanden solche in Wölpe, Morleben und Egleben statt. Alle waren auch sehr gut besucht. Nur die Ortsgruppen Sommerschuburg, Wormsdorf, Galesstedt, Göltingen, Neuenhofe und Nordgermersleben hatten keine Vertreter gesandt. Genosse Wendt referierte in allen Konferenzen über die bevorstehenden Landtagswahlen. Unsere ganze Kraft muß eingesetzt werden, um einer weiteren Zersplitterung der Arbeiterbewegung entgegenzuwirken. In allen Gemeinden müssen unsere Ortsgruppen in Verbindung mit den sozialdemokratischen Gemeindevertretern für Aufklärung sorgen, denn viele Wähler, die heute in den Gemeinden getroffen werden müssen, erzeugen Unmut und werden von den Unaufgeklärten nicht verstanden. In öffentlichen Gemeindeversammlungen müssen unsere Vertreter immer wieder den Einwohnern sagen, wer den Krieg verschuldet und uns leere Kassen hinterlassen hat. Die Aussprache war überall eine außerordentlich sachliche. Als Landtagskandidat wurde der bisherige Abgeordnete Genosse Ritsch wieder aufgestellt, der in den langen Jahren, in denen er unsern Kreis schon vor dem Krieg agitatorisch bearbeitet hat, als der beste Kenner auch der ländlichen Verhältnisse anerkannt wird. Die Abhaltung von Bildungsfürsorge soll nun bald vorgenommen werden. Die Ortsgruppen, die ihre Teilnehmer noch nicht gemeldet haben, werden aufgefordert, umgehend dem Sekretariat Nachricht zu geben, damit die Listen geschlossen werden können. Ueber die Erhöhung der Beiträge referierte ebenfalls Genosse Fehrmann. Er schäuferte unsere Finanzverhältnisse, die zu einer Erhöhung der Beiträge drängen, um allen kommenden Kämpfen gewachsen zu sein. Die Aussprache über diesen Punkt war ebenfalls eine recht sachliche. Von allen Rednern wurde anerkannt, daß die Erhöhung der Beiträge eintreten muß. Genosse Fabian (Magdeburg) referierte über unsere Presse. Er gab sehr wertvolle Anregungen zur Erhaltung und Gewinnung neuer Leser unserer „Volkstimme“. In vielen Orten steht die Leserzahl in keinem richtigen Verhältnis zur Zahl unserer Parteimitglieder. Das Wonnieren wie auch die Aufgabe von Infanterien zu Mitgliederversammlungen unserer Ortsgruppen in bürgerlichen Wohnungen muß aufhören. Die Teilnehmer der Konferenzen wurde noch das Urteil des Schiedsgerichts mitgeteilt, das in Sachen des früheren Sekretärs (Mehler) ergangen ist. In Wölpe wurde von einigen Genossen verlangt, es in der „Volkstimme“ zu veröffentlichen.

Folgende Entschlüsse wurden in allen drei Konferenzen einstimmig angenommen:
Zu Zukunft soll bei Aufstellung von Kandidaten zum Reichs- und Landtag nach folgenden Grundsätzen verfahren werden: Es dürfen nur solche Parteigenossen aufgestellt werden, die ihre ganze Kraft zur Agitation und Propaganda verwenden können, und nicht schon in Reich, Staat, Provinz, Kreis, Stadt oder Gemeinde ein besoldetes Amt innehaben, das auch dort ihre ganze Kraft beansprucht. Aus idealen, sachlichen und volkswirtschaftlichen Gründen muß verlangt werden, daß die Arbeitskraft der Parteigenossen, die sich bereits in wichtigen öffentlichen Ämtern befinden, durch Ueberlastung mit Reichs- und Landtagsmandaten nicht zersplittert wird. Die Arbeiten in den Parlamenten sind so wichtig, daß nur Genossen in Frage kommen, die sich dieser Arbeit dauernd widmen können. Nur in Ausnahmefällen, wo es sich um alte, verdiente Parlamentarier handelt, kann hier von Abstand genommen werden.
Auf Antrag der Agitationskommission des Unterbezirks wird Genosse Richard Ritsch wieder als Kandidat zur bevorstehenden Landtagswahl aufgestellt. Die Konferenzteilnehmer besprechen, nach den Anregungen des Referenten über die kommenden Landtagswahlen, in die Agitation einzutreten, für weitestehende Verbreitung der „Volkstimme“ zu sorgen, die in vielen Ortsvereinen nicht im Verhältnis zur Zahl der Parteimitglieder steht. Die Vertragsaufhebung ist nach dem Antrage des Bezirksvorstandes zu regeln.

Obersiebenbrunn, 23. November. (In der Gemeindevertreter-Sitzung) wurde über die Einführung einer Gemeindefiskus-Einkommensteuer beraten. Nach längerer Aussprache stimmten ihr unsere Genossen zu, nachdem sie sorgfältig hatten, daß die arbeitende Bevölkerung, die ohnehin schon unter der Steuerlast zu leiden hat, davon verschont bleibt. Die Regelung der Gehalte der Beamten und Angestellten erfolgte nach dem Vorschlag des Ortsvorstandes. Ferner wurde die Erhöhung der Aufsichtsteuer zugestimmt. Die Uebernahme des Anteils für längere Zeit Erwerbslose wurde beschlossen. Nach Erledigung mehrerer kleinerer Angelegenheiten erfolgte Schluß der Sitzung. Der Bericht in Nr. 272 betr. Eingemeindung ist unzutreffend. Es muß heißen: Die Gemeindevertretung beauftragte den Ortsvorstand, der Angelegenheit näher zuzutreten, sie hat der Eingemeindung aber nicht zugestimmt.

Obersiebenbrunn, 23. November. (Für Oberösterreich.) Am Donnerstag abend 7 Uhr findet im „Grünen Baum“ eine Veranstaltung für Oberösterreich statt. Herr Fink wird eine Begrüßungsrede halten. Außerdem werden zwei Theaterstücke unter Mitwirkung bekannter Kräfte vom Raasdorfer Stadttheater zur Aufführung gelangen. Eintrittskarten sind im Konsumverein zu haben. Der Meinertrag der Veranstaltung wird zugunsten der abstimmsberechtigten Oberösterreicher verwendet.

Zahlenwärsleben, 23. November. (Heraus aus der Gleichgültigkeit.) Am Sonntag fand hier in der Kirche eine Gedächtnisfeier für die gefallenen Krieger statt, die sehr an die

Wilhelmstischen Rollen erinnerte. Der Kreisverein und der Bürgerliche Verein zogen mit Fahnen zur Kirche. Es zeigte sich auch hier wieder, daß es noch heute Krieger gibt, die die Zeit nicht erkannt haben. Sie sind immer noch bei diesen bürgerlichen Veranstaltungen zu finden, und haben damit die arbeitserfindliche Front zum Schaden der ganzen Bewegung. Das muß anders werden, der Arbeiter muß sich bemühen, daß eine derartige Handlungsweise und die erzwungenen Freizeiten wieder nimmt. Daraus aus den bürgerlichen Vereinen, wobei Refer der „Volkstimme“ und Mitglieder des Sozialdemokratischen Vereins!

Althaldensleben, 23. November. (Arbeiter, die Augen auf!) Am Freitag fand eine Versammlung des Haus- und Grundbesitzervereins statt, in der ein Agitator echt reaktionären Stils von der Reichsbürgerversammlung für Handel und Gewerbe aus Magdeburg mit Namen Wartenberg erschienen war, dieser sollte über kommunale Steuerfragen referieren. Nach seinen Ausführungen hat die Revolution an allem schuld, daß wir jetzt so tief im Elend stehen. Der Mensch scheint noch nicht zu wissen, daß nicht die Revolution, sondern der Jammertag mit allen seinen schweren Folgen schuld trägt an den jetzigen Verhältnissen. Wartenberg sprach er davon, daß „wir“ nicht 8, sondern 10 und 12 Stunden arbeiten müßten. Weiter ging er auf die Steuern ein, die dem Gewerbe- und dem Mittelstand auferlegt werden, von den 10- und 12prozentigen Lohnabzügen, denen sich der Arbeiter unterwerfen muß, rebete er nicht. Der Arbeiter kann ja die Steuern tragen, nur der Gewerbetreibende und Mittelstand nicht. Cobann brachte man eine Resolution wegen der Gewerbesteuer ein. Arbeiter, Proletariat, ihr seht, welche Steuerpolitik von den Rechtslebenden betrieben wird; wie man alle Lasten auf die Schultern des Arbeitnehmers abwälzen versucht. Selbst einig, schloß er auch dem Konsumverein an und bittet ihn im Laufe der Zeit aus, denn nur die Gemeinwirtschaft führt uns zum Ziele, zur Verwirklichung des Sozialismus.

Althaldensleben, 23. November. (Der Vertrag des Reglements) kauft, wie wir aus gut informierter Quelle erfahren, nicht am 1. Januar 1921, sondern erst am 1. Januar 1922 ab. Somit ist es dem heutigen Proletariat vergrübelt, ein weiteres Jahr die altbekannte Maßnahme zu durchleben. Durch die unerwartet längere Frist wird Herrn v. Madonien Gelegenheit und Zeit gegeben, das Interesse von uns sowie letztlich von der Gemeindevertretung angeregte Projekt nochmals in Erwägung zu ziehen, und somit den Wählern weiter Kreise gerecht zu werden. Es sei nochmals erwähnt, daß der Erholungsort schon über 100 Jahre besteht, so daß die Allgemeinheit ein gutes Recht auf das Weiterbestehen dieser Erholungstätte hat.

Kreis Jerichow 1 und 2.

Burg, 23. November. (Ortsausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.) Der in der vorigen Sitzung über den Aufständler Mobergander verhängte Boykott wurde aufgehoben. Neuer neue Klagen seitens der Muffler sollen in einer Verhandlung verhandelt werden. Genosse Vör (Magdeburg) hielt einen interessanten Vortrag über die Volkswirtschaft. Die Delegierten wurden verpflichtet, in den Gewerkschaftsversammlungen dafür zu wirken, daß in der Zukunft keine Versicherungen mehr bei privatkapitalistischen Gesellschaften abgeschlossen werden. Der Volkswirtschaft, die dem jüdischen Glauben der Arbeiterbewegung, muß erhöhte Aufmerksamkeit und Unterstützung gewidmet werden. Nach Erläuterung der Bedingungen des Vereins Arbeiterpresse durch den Genossen Hohmeyer wurde das Gehalt des Sekretärs vom 1. Oktober an neu geregelt. Unter Lohnbewegungen berichtete unter anderem H. J. J. über die Verhältnisse bei den Tabakarbeitern. Es werden hier noch 2000 von nur 70 bis 110 Mark die Woche erzielt. In Weidenhagen sollen die Tabakarbeiter eine Gratifikation in Höhe eines Wochenlohns erhalten. Die Genossen werden ersucht, bei den Einkäufen hiesiger Erzeugnisse zu kaufen. Nach Fertigstellung des Tabakkaufs soll zur Selbsthilfe geschritten werden. Die hiesigen Tabakarbeiter werden sich zu einer Genossenschaft zusammenschließen. Die erforderlichen Gelder werden von den Gewerkschaften aufgebracht. Keine gibt Erläuterungen über die allgemeine Sammlung für die Kinderhilfe. Eine ausgiebige Aussprache entspann sich hierüber. Hohmeyer und Schmidt schildern das Elend der Kinder, bezweifeln aber die wichtige Anwendung der gesammelten Gelder. H. J. J. und F. J. J. wandten sich ebenfalls gegen diese Sammlung und beantragten, eine eigene Sammlung zu veranstalten. Nach Ausführungen der Genossen Raab, H. J. J. und Werner wurde eine Kommission für soziale Fürsorge gewählt, der die Genossen H. J. J., Schmidt, Frau Frau, D. E. H., Schilling und Raab zugeordnet. Diese werden die Sammlungen und Unterstützungen vornehmen. Die Schuhmacher haben inzwischen 3000 Mark für die Fürsorge bewilligt. F. J. J. verlangt Hilfe von den Behörden am Orte bei der Erfassung der Milch. Die Stadt brauche täglich 1800 Liter. In Burg ständen 450 Milchtrübe, von denen nur 450 Liter Milch täglich abgeliefert werden. Er empfahl Selbsthilfe. Von außerhalb würden noch 550 Liter bezogen, so daß rund 600 Liter täglich fehlen. Das sei ein Schulbeispiel dafür, wo die Kreise zu suchen seien, die es an der nötigen Fürsorge für Kinder fehlen ließen. Der Lebensmittel- und Malterei-Kommission wurde aufgegeben, für kleinste Hilfe Sorge zu tragen. Der gesamte Ortsausschuß steht hinter der Kommission. Mit der Landwirtschaft am Orte muß endlich einmal anders umgegangen werden. Ein Landwirt in der Oberstraße liefert nur Milch ab, wenn ein Postbeamter sie abholt. Das sei ein Zustand, der nicht mehr gebuldet werden darf. Es wird Sache der Kommission sein, gründliche Arbeit zu leisten. Verschiedene Stellen scheinen bemüht zu sein, recht viel Zustimmung gegen die jetzige Mehrheit im Stadtparlament zu erzielen, unsere Genossen werden aber dafür Sorge tragen, daß diese Herrschaften sich verrechnet haben.

Burg, 23. November. (Ein Dolchstoß in den Rücken der Republik.) Bei einer beim Bäckermeister G. H. Berliner Strafe vorgenommenen Kontrolle fielen dem Kreisführer Mann und mehreren Beamten der R.-S. verschiedene Kleinigkeiten in die Hände. Es wurden beschlagnahmt 850 Kilogramm Roggen, 855 Kilogramm Weizen, 400 Kilogramm Roggenmehl, 100 Kilogramm Weizenmehl, 125 Kilogramm Gerste, 275 Kilogramm Mehl, 90 Kilogramm Haferflocken in Summa 2695 Kilogramm. Außerdem wurden ihm noch 93 Kilogramm Mehl, welche über den amtlichen Sollbestand vorhanden waren, beschlagnahmt. Hoffentlich nimmt sich auch das hiesige Finanzamt noch des „Durchschleusen“ an und kontrolliert seinen Umsatz, um ihn auch noch gehörig zur Umsatzsteuer heranzuziehen, ebenfalls seine Getreideinspektoren. Der Arbeiterchaft empfehlen wir, auf solche „Kleinigkeiten“ ein wachames Auge zu haben und die Beamten in jeder Weise zu unterstützen und nicht über die Tätigkeit derselben zu urteilen. Jeder derartig aufgelegte Fall beweist immer wieder, wo die Volkswirtschaftler sitzen, oder will jemand behaupten, der Bäckermeister hätte 53 Zentner Lebensmittelpreise gesammelt, um sie der Deutschen Kinderhilfe zuzuführen. Ob diesem „Schleusen“ das Geschäft schon geschlossen ist, konnten wir noch nicht erfahren, wenn nicht, so muß dies bald geschehen.

Burg, 23. November. (Gegen den Krieg für Völkerverständigung.) Die Ortsgruppe des Reichsbundes der Kriegsbekämpften, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen

veranstaltete am Sonntag auf dem Feldhof zu Goren der im Krieg Gefallenen und Verstorbenen eine besonders eindrucksvolle Gedenkfeier. Nicht nur die Mitglieder der Ortsgruppe, auch die Einwohnerschaft war sehr zahlreich erschienen. In zu Herzen gehenden Worten gedachte der Kreisvorsitzende Giese unter Gefallenen und Widmete ihnen einen warmen Nachruf und gedachte auch der auf dem Feldhof zur letzten Ruhe gebetteten feindlichen Kriegesgefangenen. In seiner Rede wandte er sich stark gegen die Kriegshetze und Kriegskriegler, die schuld sind an dem namenlosen Unheil des ganzen brüchigen Volkes, im besonderen an dem traurigen Lose der Kriegshinterbliebenen und Kriegsbekämpften. Das Bekenntnis „Gegen den Krieg und die triumphierende Gewalt“, das der Reichsbund in seinen Satzungen festgelegt hat, muß in die Herzen der gesamten Menschheit eingedrungen werden, um in Zukunft das schreckliche Verbrechen zu vermeiden. Schuldlos geflossenes Blut von Millionen, schuldlos geflossenes Leben, wie dem Schuldigen! Als besonderes Merkmal der Feindschaft und Völkerverständigung kann man es betrachten, daß die Ortsgruppe Burg des Reichsbundes nicht nur an den Gefallenen unserer Gefallenen einen kostbaren Kranz mit entsprechender Widmung niederlegte, sondern auch die hier gestorbenen feindlichen Kriegesgefangenen in derselben Art ehrte.

Kreis Queblinburg-Mscherleben-Ralbe.

Mchenberg, 23. November. (In der Gemeindevertreter-Sitzung) am 21. November wurde den Satzungen des Arbeitsnachweisverbandes für den Bezirk Staßfurt, Leopoldshall und Umgebung zugestimmt. Die Mittel zur Vorbereitung zum Kriegesdenkmal wurden bewilligt und gleichzeitig eine ständige Kommission ernannt. Als Beisitzer zum Mietemissionsamt wurden gewählt als Vermieter Ehr. Stipe und W. Neuhard, als Mieter Andr. Böhm und R. Jöhner, zugleich in die Wohnungskommission Bachmann und Friedr. Schind. An Stelle des verstorbenen Gemeindevertreters Wazarin in den Wegebau- und Friedhofs-Ausschuß wurde Friedr. Schind. und in die Lebensmittellkommission R. Thiemann gewählt; an Stelle des verstorbenen Schuhmachers P. Madheim als Schiedsmann der Vergewaltigten Friedr. Schmidt. Zur Verbesserung von Armenangelegenheiten wurde die Nachpreise der Gemeindekasse erhöht. Ein Antrag der Ehefrau R. um Vorstoß der Unterstufung wurde angenommen. Die Gemeinde- und Separationsinteressenrechnung wurde für richtig befunden.

Schneebeck, 23. November. (Keine Sammlung für die notleidenden Kinder.) Am Montag abend kam es in der zweiten Sitzung des Ortsausschusses für Wohlfahrtspflege zu erntlichen Differenzen. Die Vertreter der Arbeiterchaft lehnten die Unterstützung bei der Sammlung für die notleidenden Kinder ab, da der Ausschuss außer das Ergebnis der Sammlung nicht frei verfügen könnte und außerdem die Zusammenlegung des Ortsausschusses miträumt in der Arbeiterchaft ausbleibe. Da eine Einigung nicht zu erzielen war, wurde der Ausschuss aufgelöst. Die Sammlung wird nunmehr vom Roten Kreuz und patriotischen Frauenverein durchgeführt. Die Arbeiterchaft unterstützt diese Sammlung nicht.

Schneebeck, 23. November. (Freiengewerkschaftliche Betriebsratzentrale.) Die 4. Vorlesung des Kollegen Karl F. J. J. über Bilanzwissenschaft findet am Mittwoch, 24. November, abends 7 Uhr in der Volksschule statt. Zahlreiches Erscheinen der Betriebsräte durchaus notwendig.

Staßfurt, 23. November. (Gegen den Fallbergsbau.) Nach dem Jahresbericht für 1919/20 erzielte Ludwig II einen Reingewinn von 2 951 868 Mark (gegen 3 404 432 Mark im Vorjahr). Der Rohgewinn betrug sich auf 3,98 (1,08) Millionen Mark, wovon 2,77 (0,45) Millionen Mark auf den Absatz von Erzeugnissen und 0,89 (0,25) Millionen Mark auf Forderungen entfallen. Vom Rohgewinn sind abgezogen 0,52 (0,23) Millionen Mark. Abschreibungen 301 189 (200 763) Mark und Anleihezinsen 0,19 (0,20) Millionen Mark. Die Verbilligung ist noch weiter ausgedehnt worden, indem die Gewerkschaft noch weitere Aktien der Fallbergs Salzfabrik erworben hat. — Aus dem Kurszettel einiger bekannter Werte: Es notierten Concordia chemische Fabrik 980, Leopoldshaller Vereinigte chemische Fabriken 500, Schürker Vereinigte chemische Fabriken 505, Rudauer chemische Fabrik 450, Sauerbrey Maschinenfabrik 272, Saxonica (Widwe) Zementfabrik 325, Althaldenslebener Salzwerte 480, Wehregeln konsolidierte Althaldensleben 923, Thaler Eisenhüttenwerk 1146 Mark. Dennoch wird immer behauptet, daß es die hohen Böhm seien, die die Produkte verteuern. Wann kommt die Sozialisierung? — W. H. J. J. Vorträge. Der erste Vortrags findet am Freitag den 26. November, abends 8 Uhr im Stadtverordneten-Sitzungssaal statt. Die Uebernahme wollen wegen Eingetragener etwas früher erscheinen, denn pünktlich um 8 Uhr beginnt der Vortrag und sofort werden die Saaltüren geschlossen. Nachzügler würden keinen Einlaß finden.

Sport und Spiele.

Arbeiter-Wassersport-Verband.

Am vorigen Sonntag hielt der Bezirk 2 des Kreises Niederhavel seinen zweiten Bezirkstag in Staßfurt ab. Erschienen waren 21 Delegierte mit 19 Stimmen. Der Vorsitzende Genosse Deide gab bekannt, daß der Bezirk von sechs Vereinen mit 522 Mitgliedern im Januar auf 1500 Mitglieder in neun Vereinen im September angewachsen ist. Den Lagebericht erstattete Genosse Schröder. Ein Ueberfluß von rund 300 Mark ist vorhanden. Genosse Döblich gab dann einen Ueberblick über die Schwimmfähigkeit. Er regte die Mängel und Fehler und empfahl, für Abhilfe zu sorgen. Genosse Hartmann berichtete über die Rassenprüfung und bemängelt die Abrechnung vom Bezirkschwimmfest. Dem Kassierer und Vorstand wurde Entlastung erteilt und die Nachprüfung der Besage des Schwimmvereins Rige Döblich beschlossen. In einem Vortrag führte nun Genosse Döblich die Notwendigkeit der Propaganda und die Zuteilung von Agitationsfeldern für die Vereine aus. Nege Mitarbeit wurde versprochen. In der Hallenbadfrage (Wilhelmsbad) gab Genosse Döblich Auskunft und Vorschläge für die geplante Bildung einer G. m. b. H. zur Bewirtschaftung des Bades. Die Genossen D. H. J. und Döblich wurden als Beauftragte aller Vereine zu den Verhandlungen entsandt. Ferner wurde die Zentralisation der Magdeburger Vereine empfohlen. Wertvolle Anregungen für den Reichsarbeiterporttag im Mai und den Sportabend des Magdeburger Sportclubs wurden vom Genossen Döblich gegeben und alle Vorträge teilweise mit Änderungen, angenommen. Die Neuwahlen des Vorstandes ergaben: Vorsitzender Deide, Schriftführer Linden, Kassierer Schröder, Schwimmer und Ruderwart Hartung, Presse-Berichterstatter Deide. Der nächste Bezirkstag findet in Magdeburg statt. (Schluß des redaktionellen Teils.)



Ohne Fleisch doch kräftige Suppen und schmackhafte Gemüse
zubereiten, ermöglicht auf einfache und sparsame Weise
die altbewährte **MAGGI** Würze

